# aus politik und zeit geschichte

beilage zur wochen zeitung das parlament

Joseph Huber
Der Sozialstaat
an den Grenzen
des Wachstums

Hans-Joachim Fietkau Soziale Fragen in Wissenschaft und Alltag

ISSN 0479-611 X

B 1/81 3. Januar 1981 Joseph Huber, Dr. rer. pol., Dipl.-Sozialwissenschaftler, geb. 1948; derzeit Wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Technokratie oder Menschlichkeit, Achberg 1978; Anders arbeiten, anders wirtschaften. Dualwirtschaft, Frankfurt 1979; Zwischen Sozialstaat und Supermarkt. Die neue Abhängigkeit des Bürgers (Entmündigung durch Experten, mit Ivan Illich u. a., Reinbek 1979); Strategien gegen die Arbeitslosigkeit (mit K. G. Zinn u. a.), Köln 1977; Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion (mit J. Kosta), Köln 1978; Wer soll das alles ändern. Die Zukunft der Alternativbewegung, Berlin 1980.

Hans-Joachim Fietkau, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Psychologie an der TU Berlin; kommissarischer Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Zur Methodologie des Experimentierens in der Psychologie, Meisenheim/Glan 1973; Die Einstellung in der Psychotherapie, Salzburg 1977; Klientenzentrische Psychotherapie heute. Bericht über den 1. Europäischen Kongreß für Gesprächspsychotherapie in Würzburg 1974, hrsg. zus. mit P. Jankowski, D. Tscheutin, F. Mann, Göttingen 1976; Umwelt und Alltag in der psychologischen Forschung, hrsg. zus. mit D. Görlitz, Weinheim 1981 (im Druck); Umweltlernen, hrsg. zus. mit H. Kessel, Meisenheim/Glan 1981 (im Druck).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte";
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

### Der Sozialstaat an den Grenzen des Wachstums

### I. Der Sozialstaat: Gegenteil oder Bestandteil des Industriesystems?

Als Sozialstaat wird hier die Gesamtheit all jener Bildungs-, Erziehungs-, Gesundheits-, sozialen Beihilfs- und sozialen Versicherungsdienste angesprochen, die Personen oder Familien zugute kommen, die von privaten oder öffentlichen Einrichtungen erbracht werden und die durch umverteilte bzw. umgelegte Einkommen bezahlt werden 1).

Aus der geschichtlichen Entwicklung heraus wurden Sozialpolitik und Sozialstaat als Heilmittel gegen industrielle Krankheitsbilder angesehen, als Korrektiv der krisenreichen Marktentwicklung und insofern als ihr Gegenteil<sup>2</sup>). Die sogenannte Soziale Frage wurde mit dem Konflikt von Lohnarbeit und Kapital gleichgesetzt; sozialstaatliche Neuerungen mußten jedesmal gegen Widerstände erkämpft werden.

Trotzdem erwiesen sich von vornherein die Gegenspieler nicht als Spielverderber, sondern als einander ergänzende Mitspieler. Das Spiel bestand darin, daß wohlmeinende Konservative wie auch auf Eigennutz bedachte Kapitalinteressen normalerweise möglichst wenig (Sozial-)Staat wollten, während Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich auf Lohnarbeitsinteressen und das Gemeinwohl beriefen, prinzipiell auf möglichst viel (So-

zial-)Staat aus waren. Durch dieses politische Kräftespiel des rechtsorientierten "mehr Markt, weniger Staat" und des linksorientierten "mehr Staat, weniger Markt" ergab sich zwanglos ein bewährtes Entwicklungsmuster: Das Profitprinzip reißt Löcher in die sozialen Netze der Arbeits- und Lebenswelt, und der Sozialstaat versucht sie nach allgemeinen Solidaritätsprinzipien zu stopfen. Wie Narr und Offe schreiben, bedeutet deshalb "die häufig beobachtbare Opposition von Marktkapitalismus auf der einen und Wohlfahrtsstaat auf der anderen Seite ... eine verzerrende idealtypische Konstruktion"3).

Dies gilt unter den heutigen Bedingungen der 3. industriellen Revolution und der Dienstleistungswirtschaft um so mehr. Früher hatte der Sozialstaat gewissermaßen nur "Rahmenbedingungen" der Systementwicklung herzustellen, etwa Allgemeinbildung, Volksgesundheit oder Versorgung auch der Armen mit Lebensmitteln und Wohnmöglichkeiten. Heute dagegen - wo das lokale Gemeinschaftsleben und Verwandtschaftsbindungen sich rapide auflösen, und wo nur noch 35-40% der Bevölkerung nur noch die Hälfte ihres Lebens erwerbstätig sind - werden sozialstaatliche Versorgung und Betreuung zu einem zentralen Gegenstand der weiteren Systementwicklung selbst. Das heute im Entstehen begriffene superindustrielle System entwickelt sich nicht trotz, sondern wegen bzw. mittels der sozialen Probleme, die es selbst erzeugt: Im Zuge seines Wachstums kolonisiert und beschädigt das System seine soziale und natürliche Umwelt - durch die Behandlung dieser sozialen und natürlichen Umweltschäden wächst es weiter 4).

<sup>1)</sup> Investitionsbeihilfen an Klein- und Mittelunternehmen, Subventionen an bäuerliche Betriebe o. ä. fallen dagegen nicht unter diese Definition. Sie betreffen staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen. Maßnahmen wie z. B. Renten- und Krankenversicherung weisen zwar auch wirtschaftliche Wirkungen auf, aber es ist doch richtiger, soziale, politische und wirtschaftliche Aspekte analytisch auseinander zu halten. In der Spiegel-Serie von Renate Merklein, Der Griff in die eigene Tasche, Nr. 22—26/1980, herrschte ein für diese Vermengungen von Sozialstaat und wirtschaftlichem Interventionsstaat typisches Durcheinander.

<sup>2)</sup> So heißt es z. B. bei W. Wellner: "Der Sozialstaat hat sich aus der sozialen Reformbewegung des 19. Jahrhunderts heraus als Garant der sozialen Sicherung entwickelt, um die Krankheitsbilder der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft durch sozial ausgleichende Maßnahme auszuheilen". Grenzen des Sozialstaats, München 1977, S. 100.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) Wolf-Dieter Narr, Claus Offe (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln 1975, S. 21 (Einleitung).

<sup>4)</sup> Dazu in letzter Zeit besonders Martin Jänicke, Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen 1979; ders., Zur Theorie des Staatsversagens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/80, S. 29ff.

Man kann deshalb als Ausgangsthese formulieren: Der Sozialstaat ist ein tragender Bestandteil des Industriesystems<sup>5</sup>). Wenn das Industriesystem an Grenzen stößt, stößt auch der Sozialstaat an Grenzen. Und wenn der heutige Sozialstaat zur Diskussion steht, steht

auch das heutige Industriesystem zu Diskussion. Schließlich: wenn Sozialstaatsprobleme gelöst werden sollen, wird dies rückwirkende Veränderungen im gegenwärtigen Industriesystem insgesamt erfordern.

### II. Gegenwärtige Grenzen des Sozialstaats

Grenzen des Sozialstaats werden von konservativer Seite seit längerem behauptet 6). Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die in diesem Zusammenhang vorgebrachten Argumente fast ebenso lange in den Wind geschlagen. Damit haben sie gewisse Wohltaten zugunsten der lohnabhängigen Mehrheiten vollbracht, aber auch Wasser auf die Mühlen einer technokratischen Systementwicklung gegossen. Nur vereinzelte ihrer Mitglieder haben sich in letzter Zeit auf diese Problematik eingelassen 7). Gegenwärtig lassen sich folgende Sozialstaatsgrenzen ausmachen:

- 1. Abhängigkeit der Sekundär- von der Primärverteilung;
- 2. steigender Kostendruck im Dienstleistungsbereich:
- 3. steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen durch Arbeitslosigkeit;
- 4. das gleiche durch Auflösung gemeinschaftlicher Selbstversorgung;
- 5. Staatsverschuldung:
- 6. Widerstände gegen steigende Steuerlasten;
- sozialstaatliche Umverteilungs- und Leistungsillusionen;
- 8. politische Grenzen: korporative Herrschaft der bürokratischen Eliten und sozialberufliche Bevormundung.

## Abhängigkeit der Sekundär- von der Primärverteilung

Sozialstaatliche Leistungen stellen sekundäre Einkommen dar, d. h. sie werden durch Gelder bezahlt, die durch staatliche Steuerpolitik umverteilt oder in kollektiven Versicherungsund Solidaritätsfonds umgelegt werden. Sie sind deshalb direkt von der Primärverteilung auf Erwerbseinkommen und Investitionen abhängig. Sinkende Wachstumsraten bei der Primärverteilung bedeuten automatisch auch weniger sekundär verteilbare Mittel. Dieser Zusammenhang zwischen Primär- und Sekundärverteilung ist trivial und wird vielleicht deshalb so gut wie nie ausdrücklich erwähnt, aber er ist gleichwohl bedeutend.

Er bedeutet z. B., daß das Konzept eines selektiven Wachstums, wie es auch von den deutschen Gewerkschaften in ihrer offiziellen Programmatik immer offensiver gefordert wird d. h. nicht unbedingt weiteres Wachstum der Industrieproduktion, dafür um so mehr Wachstum der Bildungs-, Gesundheits-, Freizeit- und Sozialdienste -, unter den heutigen Bedingungen nicht möglich ist 8). Denn der Löwenanteil dieser Dienste wird sekundär bezahlt. Das Budget der öffentlichen Alters-, Unfall- und Krankenversicherungen z. B. betrug 1978 rund 305 Milliarden Mark 9). Die entsprechenden Ausgaben der privaten Lebens-, Unfall- und Krankenversicherungen dagegen betrugen nur rund 30 Milliarden Mark 10). Das ist ein Verhältnis von 1:10. Solange derartige Proportionen zwischen primär und sekundär bezahlten Diensten bestehen, bleibt das Konzept "weniger Bomben, mehr Bildung" oder "weniger Autos, mehr Ärzte" eine Illusion, weil die Bildung durch die Bomben und die Arzte durch die Autos bezahlt werden.

<sup>5)</sup> Dies dürfte für die sog. monopolkapitalistischen Länder des Westens wie für die sog. realsozialistischen Systeme des Ostens gleichermaßen gelten.
6) Vgl. z. B. die in Anmerkung 41 angeführten Au-

<sup>7)</sup> Z.B. Johano Strasser, Grenzen des Sozialstaats?, Köln 1979; Siegmar Mosdorf, Die sozialpolitische Herausforderung, Köln 1980; Erich Standfest, Sozialpolitik als Reformpolitik, Köln 1979.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup>) Zum Konzept des selektiven Wachstums vgl. besonders Alan Gartner, Frank Riessman, Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft, Frankfurt 1978.

Sozialbericht '78 des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn Juni 1978, S. 78 f.
 Geschäftsbericht 1978/79 des Gesamtverbandes

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) Geschäftsbericht 1978/79 des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft, Köln, Oktober 1979, S. 9—11 u. 16.

Wir haben den Sozialstaat nicht nur, weil soziale Nöte und Ungerechtigkeiten ihn wünschenswert erscheinen lassen, sondern vor allem, weil wir ihn uns leisten können aufgrund des industriellen Wohlstands 11). Sollte dieser Wohlstand an den Grenzen des Wachstums sinken, werden wir uns — bei sonst gleichbleibenden Bedingungen — auch nicht mehr so viel Sozialstaat leisten können.

### 2. Steigender Kostendruck im Dienstleistungsbereich infolge kapitalintensiver Produktivitätssteigerungen

Ein ähnlicher Zusammenhang wie zwischen Primär- und Sekundärverteilung besteht zwischen technologieintensiver Produktion einerseits und personalintensiven Dienstleistungen andererseits. Dieser Zusammenhang äußert sich in oft überdurchschnittlichen Kosten der Dienstleistungen. Die "Kostenexplosion" besonders im Bildungs- und Gesundheitsbereich ist ja bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen<sup>12</sup>).

Von konservativer Seite werden dafür fehlende Konsumentenrationalität und fehlender Leistungswettbewerb im öffentlichen Sektor verantwortlich gemacht. Die anonymen Umverteilungs- bzw. Umlagesysteme würden die Verwaltungsbürokratien wie auch die Verbraucher und Klienten dazu verführen, nach Art eines Selbstbedienungsladens ohne Rücksicht auf die Rechnung möglichst viel für sich herauszuholen 13).

Demgegenüber haben Sozialdemokraten wie z.B. der Österreicher Egon Matzner darauf hingewiesen, "daß jede Lohnerhöhung, die im technologisch fortgeschrittenen Sektor gewährt wird und dort auch durch die Zunahme der Arbeitsproduktivität real gedeckt ist, im Sektor persongebundener Leistungen einen Kostendruck auslöst. Ein analoges Problem bildet jede Arbeitszeitverkürzung. Dem tertiären Kostendruck haftet ein hohes Maß an Un-

ausweichlichkeit an ... Daraus ergibt sich das Paradoxon, daß die finanziellen Probleme dieses Sektors um so akuter werden, je größer der Zuwachs an materiellen Reichtümern pro Arbeitskraft ist." <sup>14</sup>)

### 3. Steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen durch Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wirken verstärkend auf die bereits erwähnten Zusammenhänge. Weniger Erwerbstätigkeit bedeutet, daß primär weniger Mittel verfügbar und gleichzeitig sekundär mehr Mittel erforderlich sind. Z. B. betrugen 1977 die Mindereinnahmen der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie an direkten und indirekten Steuern im Jahr pro Arbeitslosen ca. 7000 Mark. Die Mehrausgaben pro denselben Arbeitslosen für Arbeitslosengeld und Krankenversicherung betrugen gleichzeitig ca. 12000 Mark <sup>15</sup>).

Dieses Problem wird sich verschärfen, weil infolge der kapital- und energieintensiven Superindustrien (Kernkraft, großindustriell genutzte Sonnen- und Windenergie, Elektronik, Telematik, Biotechnologie, Rüstung und Raumfahrt) die Zahl der Arbeitsplätze in absehbarer Zeit abnehmen wird, während die Zahl der Arbeitsuchenden noch zunimmt <sup>16</sup>). Bei unveränderten Arbeitsbedingungen wird daher der Anteil der Erwerbstätigen von heute 40% der Bevölkerung sinken, wohl in Richtung 35% wie heute in den USA.

Daraus resultieren u. a. auch die bekannten Probleme der Rentenversicherungen. In den fünfziger Jahren mußten 100 erwerbstätige Beitragszahler etwa 35 Renten finanzieren, Ende der siebziger Jahre bereits rund 60, und im Jahr 2000 werden es über 90 sein, also praktisch eine Rente von einem Erwerbstätigen zu finanzieren <sup>17</sup>).

<sup>11)</sup> Harold L.Wilensky, The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expeditures, Berkeley/Los Angeles/London 1975; vgl. Manfred Groser, Die neue soziale Frage, Melle 1979, S. 81.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup>) Z. B. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg), Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1977

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup>) Vgl. Warnfried Dettling, Die neue soziale Frage und die Zukunft der Demokratie, Bonn 1976.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup>) Egon Matzner, Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise, Reinbek 1978, S. 83.

<sup>15)</sup> Frankfurter Rundschau, 23. 6. 1977, S. 5.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup>) Der nicht veröffentliche Deutschland-Report der Basler Prognos AG im Auftrag der deutschen Bundesregierung sagt in den nächsten 15 Jahren eine Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze von 24,9 auf 23,2 Millionen voraus und eine Zunahme der nicht-beschäftigten Erwerbssuchenden von 1,9 auf 4,3 Millionen (TAZ, 15, 6, 1979, S, 14).
<sup>17</sup>) Die Zukunft der Altersversorgung, in: Die deut-

<sup>17)</sup> Die Zukunft der Altersversorgung, in: Die deutsche Lebensversicherung, Jahrbuch 1978 des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen,

Bonn 1978, S. 35.

## 4. Auflösung gemeinschaftlicher Selbstversorgung

Daß immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Nicht-Erwerbstätige mitverdienen müssen, hängt nicht nur und auch nicht in erster Linie mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes zusammen. Ein tieferer und wirksamerer Grund liegt in der allgemeinen Auflösung der sozialen Lebenswelt, heute besonders der dörflichen Siedlungsstrukturen und der Kleinbzw. Restfamilie. Obgleich wir hier einer Zivilisationskrise gegenüberstehen, die eine nur ökonomische Betrachtung bei weitem sprengt, sind dabei doch ökonomische Zusammenhänge sehr wirksam.

Die Kapitalisierung und Industrialisierung seit 200 Jahren beruht darauf, oder treffender noch: sie besteht darin, gemeinschaftliche Subsistenzformen durch vergesellschaftete Markt- und Geldwirtschaftsformen zu ersetzen. Alle Sozialwissenschaftler - etwa Karl Marx, Ferdinand Tönnies, Max Weber - haben sich mit dieser Auflösung der Subsistenzformen und der Entstehung der Markt- und Staatssysteme beschäftigt. Es ist hierbei übrigens nicht unwichtig, aber doch zweitrangig, ob dies auf eher privat- oder eher staatswirtschaftlicher Grundlage geschieht, das heißt, ob die allgemeine bürokratische Kollektivierung mehr von den Machteliten in den (trans-) nationalen Industriebürokratien getragen wird oder mehr von den Staats- und Verbandsbürokratien, zumal diese sich heute in einem rapiden Prozeß korporativer Verzahnung, um nicht zu sagen Verflechtung befinden 18). Jedenfalls führt diese von Karl Polanyi so bezeichnete "Große Transformation" zu weniger Selbstversorgung und mehr Fremdversorgung, zu weniger Selbständigkeit und mehr Abhängigkeit von professionellen Fremdleistungen des Marktes oder des Staates 19). Die duale Versorgungsstruktur, die in der institutionellen Versorgung durch Markt und Staat einerseits und der informellen Versorgung durch Familie und Nachbarschaft andererseits besteht, gerät aus dem Gleichgewicht (falls sie sich jemals in einem solchen befand).

Verheerend sind dabei weniger die ökonomischen Folgen, als noch mehr die sozialen und politischen Probleme. Man kann heute ohne Übertreibung bereits von einem Sozialverfall sprechen. Die Familie erfüllt ihre soziale Binde- und Orientierungsfunktion nur noch ungenügend oder überhaupt nicht mehr. Die Rückkehr zu autoritären Gemeinschaftsformen ist indes nicht wünschenswert, aber alternative Gemeinschaftsformen, die vollwertig an die Stelle treten könnten, sind andererseits nicht in Sicht. Die Folgen zeigen sich u. a. in zunehmenden sozio- und psychogenen Erkrankungen, Alkoholismus, Drogenmißbrauch, Kriminalität, Bandentum, subkulturellen Aussteiger-.karrieren' und politischem Extremismus. Diese Erscheinungen wiederum erfordern, wohl oder übel, mehr sozialstaatliche Eingriffe und sozialberufliche Aktivitäten, deren Wirksamkeit und Finanzierbarkeit freilich problematisch sind.

Kurz: Die von Claus Offe so genannten horizontalen Disparitäten zwischen den immer wenigeren, die ihren Platz im System gefunden haben und insofern "drin" sind, und den immer mehr Menschen, die als "Vergessene" und "Randgruppen" herausfallen oder von vornherein draußen bleiben, nehmen zu 20). Damit findet eine neuerliche Klassenteilung statt, nämlich eine doppelwirtschaftliche Spaltung des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft überhaupt in "zwei Gesellschaften": in eine "erste Gesellschaft" mit ihrem arbeits- und sozialrechtlich gesicherten Wohlstandsbereich einerseits und in die Armutszonen einer "zweiten Gesellschaft" der verschiedensten Randgruppen und Subkulturen, die auf den informellen Sektor abgedrängt und damit meist auch von öffentlicher Sozialhilfe abhängig bleiben.

Das konservative Konzept der sogenannten Neuen Sozialen Frage hat das Verdienst, eben diese Frage über die Wissenschaft hinaus in die öffentliche Diskussion eingebracht zu haben<sup>21</sup>). Es hat aber zugleich den großen Fehler,

19) Karl Polanyi, The Great Transformation, Wien

1957.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup>) Vgl. Ulrich von Alemann, Rolf G. Heinze (Hrsg.), Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus, Opladen 1978; dies., Neo-Koporatismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 4/1979, S. 469—478.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup>) Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: G. Kress, D. Senghaas, Politikwissenschaft, Frankfurt 1969, S. 135 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup>) Vgl. Heiner Geißler, Die neue soziale Frage, Freiburg 1976; ebenso Manfred Groser, Die neue soziale Frage. Theoretische Grundlagen und empirische Befunde, Melle/St. Augustin 1979; zur sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Kritik daran vgl. G. Himmelmann, Zur Problematik der neuen sozia-

das Blickfeld verengt zu haben auf Fragen wie Kinderreichtum, Altersversorgung, Behindertenprobleme oder Leichtlohngruppen für Frauen. Der Sozialverfall und die Marginalisierung größerer Bevölkerungskreise wurden weder in ihrem ganzen Umfang noch in ihrer ganzen Tragweite angemessen wahrgenommen. Die Ursachen des Sozialverfalls und der Marginalisierung — nämlich Kapitalisierung und Industrialisierung - blieben von vornherein ausgeblendet. Man hätte sonst wohl leicht auf gewisse Unordentlichkeiten des Ordoliberalismus und gewisse Asozialitäten der sozialen Marktwirtschaft aufmerksam werden können. Der christlich-soziale Arbeitnehmerflügel der CDU wird insofern seiner eigenen Einsicht nicht gerecht, daß nämlich eine erfolgreiche Sozialpolitik nicht darin besteht, "immer mehr Arme immer besser zu versorgen", sondern die Ursachen ihrer Armut zu beseitigen 22).

### 5. Grenzen der Staatsverschuldung

Schrumpfender Arbeitsmarkt wie auch zunehmender Sozialverfall erhöhen den sozialstaatlichen Mittelbedarf und senken gleichzeitig die verfügbaren Mittel. In einer solchen Situation neigen Regierungen verständlicherweise (nicht unbedingt verzeihlicherweise) zu einer Art social deficit spending. Die wissenschaftliche Gemeinschaft nennt das Linkskeynesianismus.

Nun gibt es zwar keine absolute Grenze der Staatsverschuldung <sup>23</sup>). Wenn man sich vorstellt, der Staat müßte an einem bestimmten Punkt Konkurs anmelden, wird deutlich, daß — wie bei allen Grenzbestimmungen — gerade auch hier politisch-normative Setzungen eine Rolle spielen. Aber zweifellos läßt sich feststellen, daß, je höher die Staatsverschuldung wird, um so mehr Disfunktionen auftreten. Besonders zu nennen wären hier zwei:

 Eine wachsende öffentliche Kreditaufnahme gerät in Konkurrenz zur privaten Kreditaufnahme. Folgen sind steigende Zinsen und sinkende private Investitionen 24).

— Steigende Zinsen heißt letztlich steigende Steuern. Dies drückt auf die Gewinne und viel mehr noch auf Löhne und Gehälter<sup>25</sup>). Beides setzt wiederum Inflationsspiralen in Gang. Inflation ist ökonomischer Treibsand, der längerfristig die wirtschaftlichen Bedingungen aller chaotisiert<sup>26</sup>).

Zudem ist an den gegenwärtigen Grenzen des Wachstums nicht ersichtlich, durch welche Primärzuwächse die wachsenden (sekundären) Staatsschulden einmal beglichen werden können. Die meisten westlichen Industrieländer haben heute den Punkt erreicht, wo die Staatsschulden größer geworden sind als der jährliche Staatshaushalt und wo die Zinsen schneller steigen als die Schulden getilgt werden <sup>27</sup>). Das scheint eine psychologisch bedeutsame Schranke zu sein. Sie ruft allgemein den Eindruck hervor, daß sich dieses System ad absurdum führt.

### Widerstände gegen steigende Steuerlasten und verschärfte Verteilungskonflikte

Finanziell bleibt dem bestehenden Sozialstaat letztlich kein anderer Ausweg als Steuererhöhungen. In den westeuropäischen Ländern hatten die Erwerbstätigen in den siebziger Jahren durchschnittlich ein Viertel bis ein Drittel ihrer Einkommen als Steuern und Sozialabgaben abzuführen 28). Berücksichtigt man auch indirekte Steuern und legt man vor allem das sogenannte Arbeitgeberbrutto zugrunde — und das ist die wirklich relevante Ziffer —, zeigt sich, daß wir heute fast die Hälfte unserer Einkommen an öffentliche Haushalte abliefern 29). Die Staatsquote liegt gegenwärtig in den westlichen Industrielän-

len Frage, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 2/1976, S. 65-76; auch S. Mosdorf, Konservativ-ordoliberale Wohlfahrtsstaatskritik und das Konzept der neuen sozialen Frage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/1978.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup>) Manfred Groser, Die neue soziale Frage, a.a.O., S. 71.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup>) Im allgemeinen verweist die wissenschaftliche Literatur in dieser Frage auf E. D. Domar, The Burden of Debt and the National Income, in: ders., Essays on the Theory of Economic Growth, Oxford 1957.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup>) Johano Strasser, Grenzen des Sozialstaats?, a.a.O., S. 125.

<sup>23)</sup> Dieter Eißel, Umverteilung im Sozialstaat, in: Frankfurter Hefte Extra 2, Frankfurt 1980, S. 176f.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup>) Egon Matzner, Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise, a. a. O., S. 71-84; auch W. Wellner, Grenzen des Sozialstaats, a. a. O., S. 95 f.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup>) Vgl. Statistische Grundzahlen der EG, hrsg. von Eurostat, für 1978/79, Tab. 136; ebenso Der Spiegel, Nr. 15/1980, S. 41; ebenso: Staatsverschuldung — Probleme der 80er Jahre. Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, 29. Sept. 1980.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup>) The costs of social policy, in: Europe's Economies, hrsg. von The Economist, London 1978, S. 26.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup>) Renate Merklein, Der Griff in die eigene Tasche, a.a.O., Heft 22, S. 93.

dern um die 50%. In der Bundesrepublik sind es 47,5% 30).

Der Sozialstaat stößt hier an die Grenzen des Zumutbaren. Niemand arbeitet, um nachher die Hälfte oder mehr seines Verdienstes an anonyme Haushalte abzugeben. Selbst Fürsten und Pfaffen waren mit dem Zehnten zufrieden. Wo der sinnliche soziale Zusammenhang zerissen ist und informelle durch institutionelle Versorgung ersetzt wird, gelten die Menschen, die vom eigenen Einkommen mitversorgt werden, eben nicht mehr als "Angehörige", sondern als irgendwelche vermeintlichen Faulenzer, Tagediebe und Parasiten, die einem via Sozialstaat auf der Tasche liegen. Sozialdemokratisch-gewerkschaftliche pelle zur Unterstützung der staatlich organisierten "Solidargemeinschaft" sind in dieser Situation etwa so viel wert wie bischöfliche Friedensappelle zu Kriegszeiten. Den Grolleffekt der Steuerzahler verhindern sie jedenfalls nicht.

Die Anzeichen einer Steuerrevolte häufen sich allenthalben: Steuerhinterziehung, Steuerflucht, Zahlungsverweigerungen und Selbstreduktion von Preistarifen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um die traditionelle Steueropposition bürgerlich-konservativer Mittelständler. Immer häufiger finden sich auch Reaktionen aus der Arbeiter- und Angestelltenschaft und marginalisierten Gruppen 31). Wenn die doppelwirtschaftliche Spaltung der Gesellschaft und die damit verbundene Marginalisierung großer Gruppen weiter voranschreitet, dürften die Verteilungskämpfe zwischen denen "drinnen" und denen "draußen" eine ebensolche Militanz annehmen, wie der seinerzeit noch unregulierte Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital 32).

### 7. Sozialstaatliche Umverteilungs- und Leistungsillusion

Die orthodoxe Sozialstaatskritik von links ist einprägsam als "Sozialstaatsillusion" auf den

Begriff gebracht worden 33). Der Staat gilt in dieser Sicht eben als Staat der herrschenden Klassen. Als solcher diene er der Unterdrükkung und Ausbeutung, keinesfalls den Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sozialpolitik zugunsten der Schwächeren erscheint so nur als besonders perfide Form der Unterwerfung.

Diese These in ihrer marxistisch-orthodoxen Form teile ich nicht, wobei es allerdings auf der Hand liegt, daß der Sozialstaat auch die Funktion erfüllt, Massenloyalität für das bestehende System zu sichern 34). Darüber hinaus gilt es ebenso anzuerkennen, daß über den Sozialstaat durchaus gewisse Illusionen verbreitet sind. Dabei handelt es sich erstens um eine finanzielle Illusion der Umverteilung und des sozialen Ausgleichs und zweitens um eine Leistungsillusion.

Zwar galt vor zehn Jahren, daß ohne Umverteilung ein Viertel der Haushalte unter der Armutsgrenze gelegen hätte und es infolge der Umverteilung nur 1% waren 35). Aber nach Hans-Jürgen Krupp, von dem diese Angaben stammen, haben auch die oberen 5% der Verdiener nach allen Umverteilungsprozeduren nur 8,4% weniger als vorher. Die unteren 20% der Verdiener haben umgekehrt danach nur 6,2% mehr als vorher. Der Umverteilungseffekt ist insofern minimal 36). Offenbar zahlt die Umverteilungsmaschinerie über vielfältige Kanäle an alle Einkommensgruppen wieder aus, was diese bei ihr einzahlen. Die Sozialleistungen wären insofern tatsächlich nichts anderes als ein mit sozialbürokratischer Ironie getaner "Griff in die eigene Tasche" (Renate Merklein).

Wie Hans-Hermann Hartwich schon vor zehn Jahren schrieb, dient der Sozialstaat tatsächlich weniger der Umverteilung und dem sozia-

<sup>30)</sup> Dieter Eißel, Umverteilung im Sozialstaat, a.a.O., S. 173; W. Wellner, Grenzen des Sozialstaats, a.a.O.,

S. 82, 93 u. 122.

S. 82, 93 u. 122. Protest. Grüne, Bunte und Steuerrebellen. Ursachen

und Perspektiven, Reinbek 1979.

<sup>32)</sup> Dazu Norbert Blüm: "Ein neuer Klassenkampf droht uns: Nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit, sondern diesmal zwischen Arbeitslosen und Arbeitsbesitzern" (Das Selbstverständnis der Sozialausschüsse, in: Die Aussichten der Republik, Frankfurter Hefte Extra 2, Frankfurt 1980, S. 87).

<sup>33)</sup> Dieser Standpunkt wurde bereits von Rosa Luxemburg in ihrer gegen Eduard Bernstein gerichteten Schrift "Sozialreform oder Revolution" vertreten. In der neuerlichen Marx-Orthodoxie der Studentenbewegung z. B. W. Müller, Ch. Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik, Nr. 6/7,

<sup>34)</sup> Vgl. Narr/Offe, Wohlfahrtsstaat und Massenlo-

yalität, a.a.O., S. 21-30. <sup>35</sup>) H.-J. Krupp, Das monetäre Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders./W. Glatzer (Hrsg.), Umverteilung im Sozialstaat, Frankfurt 1978,

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup>) Renate Merklein, Der Griff in die eigene Tasche, a.a.O., Heft 23/1980, S. 100.

len Ausgleich als vielmehr der Besitzstandswahrung oder gar der Privilegienhäufung 37). Trotz Vermögensbildung, oder vielleicht auch gerade deswegen, haben sich die Einkommens- und Vermögensunterschiede in den letzten zehn Jahren verstärkt 38). Was allerdings insbesondere die Sozialversicherung wirklich leistet, ist eine Umlage oder Umschichtung eigener Einkommen von heute auf morgen 39). Die Sozialbürokratie verwaltet Gelder der Bürger für die Bürger - und anstelle der Bürger. Die Frage ist, ob mündige Bürger das nicht besser selbst besorgen sollten. Oder muß die Sozialbürokratie so handeln, weil die Bürger unmündig sind? Oder sind viele Bürger zu einer selbständigen Haushalts- und Lebensplanung unfähig, weil immer irgendein Vormund, neuerdings der Versicherungscomputer, das für sie besorgt?

Neben der Umverteilungsillusion erscheint mir die Leistungsillusion noch bedeutender. Die Leistungsillusion besteht darin, zu meinen, der Sozialstaat würde die soziale Lebenswelt durch institutionelle Versorgung und Betreuung ersetzen. In Wirklichkeit kann er das aber nicht oder nur mangelhaft. Bestenfalls verwaltet der Sozialstaat das Elend des Sozialverfalls, damit die "Vergessenen", die Herausgefallenen, Hinausgeworfenen und Draußengebliebenen den reibungslosen Ablauf nicht stören. Aber er heilt das Elend nicht, Freundliches und gut bezahltes Pflegepersonal, Sprechstunden beim Sozialamt oder beim Therapeuten können das fehlende eigene Leben, die Freunde und Verwandten nicht ersetzen.

Trotz eines hochentwickelten Gesundheitswesens wird die Volksgesundheit schlechter. Sozialberufliche Kontraproduktivität und latrogenese — d. h. durch die Medizin selbst erzeugte Krankheitsbilder, und dies sinngemäß nicht nur in der Medizin, sondern auch in Bereichen wie Bildung, Verkehr und soziale Sicherheit — sind spätestens seit Ivan Illich

und John McKnight ein Thema 40). Man muß sich daher fragen: Wenn die These der Umverteilungs- und Leistungsillusion stichhaltig ist, also der Sozialstaat nur ungenügend tut, was er vorgibt, was tut er dann wirklich?

### 8. Politische Grenzen: Korporative Herrschaft der bürokratischen Eliten und sozialberufliche Bevormundung

Liberale und Konservative (z. B. Carl Schmitt, Werner Weber, Arnold Gehlen, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Hans Achinger, Christian v. Ferber, Ernst Forsthoff, Helmut Schelsky u. v. a.) haben dem Staat und speziell dem Sozialstaat aus ihrer Warte ausdrücklich politischweltanschauliche Grenzen gezogen. Stichworte sind: Verrechtlichung, Institutionalisierung, Bürokratisierung, Zentralisierung, Beplanung, Betreuung, Sozialetatismus oder die Tendenz zum "autoritäten Wohlfahrtssozialismus" (H. Baier)<sup>41</sup>).

Derartige Vorbehalte konnten im Rahmen des politischen Links-Rechts-Schemas lange genug als bloß konservative Ideologie heruntergespielt werden - bis gegen Mitte der siebziger Jahre auch in Deutschland die sogenannten neuen sozialen Bewegungen auftraten, besonders die Okologie- und Alternativ- sowie die Frauenbewegung. Die formulierten eine gleichlautende und ebenso radikale Kritik. Seither ist die linke wie die rechte Welt nicht mehr so ganz in Ordnung. Die neuerliche Kritik knüpft zwar nicht an bürgerlich-liberale, aber durchaus an libertäre Traditionen wieder an. Ivan Illich, John McKnight, André Gorz, Jacques Delors, Robert Jungk, Klaus Traube u. a. stehen für eine Technokratie- und Bürokratiekritik, die vor dem Sozialstaat und den Sozialberufen als "disabling professions" durchaus nicht mehr haltmacht. Weitere Stichworte dieser Kritik sind: Herrschaft der Sozialbürokratien, Entstehung einer Sozial-

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup>) Hans-Hermann Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status Quo, Opladen 1970, S. 355.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup>) Vgl. Dieter Eißel, Umverteilung ..., a.a.O., S. 175ff.; ebenso Renate Merklein, Der Griff ..., Teil II, S. 100ff.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup>) Vgl. Wilfried Schreiber, Um die soziale Sicherheit, in: R. Löwenthal, H.-P. Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1974, S. 791—815.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup>) Ivan Illich, Medizinische Nemesis. Die Enteignung der Gesundheit, Reinbeck 1975; Ivan Illich, John McKnight u. a., Disabling Professions, London 1978, deutsch: Entmündigung durch Experten, Reinbek 1979.

<sup>41)</sup> Vgl. z. B. H. Achinger, Sozialpolitik als Gesell-schaftspolitik, Hamburg 1958; Axel Murswieck (Hrsg.), Staatliche Politik im Sozialsektor, München 1976; Ch. v. Ferber, Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft, Hamburg 1967; E. Forsthoff (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1968; H. Schelsky, Die Arbeit tun die anderen, Opladen 1975.

und Sicherheitsindustrie, Entmündigung durch sozialberufliche Experten, Bedürfnisindustrialisierung, dienstleisterische Warenintensität <sup>42</sup>).

Sozialstaatskritik ist hier eingebunden in eine umfassendere Kritik der technokratischen Megamaschine. Diese Megamaschine von Industrie, Finanz, Staat und Verbänden kolonisiert ihre soziale und natürliche Umwelt. Die Herrschaft liegt dabei in den Händen der verschiedenen bürokratischen Machteliten, die in korporativer Weise zusammenwirken was weder heißt, daß sie sich einig wären (Elitenkonkurrenz), noch daß sie diese Maschinerie unter Kontrolle hätten. Begriffe wie Institutionalisierung, Professionalisierung, Monetarisierung kehren hier wieder, allerdings unter kapitalismus- und technokratiekritischen Vorzeichen 43). Das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Lager kann sich dieser Kritik nicht länger verschließen, ohne seine ureigensten Emanzipationsziele - und damit seine politische Identität - endgültig aufs Spiel zu setzen. Nur vereinzelt und am Rande finden sich indes offene Ohren (siehe etwa die Schriften von Johano Strasser, Egon Matzner, Siegmar Mosdorf, Erich Standfest, oder auch die Veröffentlichungen von Erhard Eppler oder Freimut Duve).

In den westlichen Industrieländern setzt sich gegenwärtig ein neuer Wachstumstypus durch. An anderer Stelle habe ich diesen als DDD-Wachstum oder Drei-D-Wachstum beschrieben 44). DDD-Wachstum deshalb, weil es sich dabei um eine Verbindung aus superindustriellen Durchbruchsversuchen, dienstwirtschaftlichen und doppelwirtschaftlichen Tendenzen handelt:

erstens: superindustrielle Durchbruchsversuche mittels Kernkraft, großtechnologisch genutzter Sonnen- und Windenergie, Biotechnologie und Biomasseproduktion, Elektronik, Telematik, Rüstung und Raumfahrt 45);

zweitens: Wachstum der Dienstwirtschaft in Form einer staatlich-industriellen Sicherheitsund Sozialindustrie <sup>46</sup>);

drittens: eine weitere doppelwirtschaftliche Spaltung der Gesellschaft in einen arbeitsund sozialrechtlich gesicherten Wohlstandsbereich einerseits und ungesicherte Armutszonen an der Peripherie andererseits.

Der Sozialstaat verwandelt sich unter dem Einfluß dieses Wachstumstypus in einen "problembehandelnden Entsorgungsstaat" (Martin Jänicke). Dieser "beseitigt" stofflichen Müll wie auch sozialen Abfall, überwacht, kontrolliert, verwahrt, verwaltet, behandelt — und macht damit auch noch sein Geschäft<sup>47</sup>). Im Extremfall müßte daraus etwas entstehen, was den Namen Sozialpolizeistaat durchaus zu Recht verdienen würde <sup>48</sup>).

## III. Antworten von "rechts" und "links": jeweils widersprüchlich und politisch unannehmbar

Die Antworten, die aus konservativen und bürgerlich-liberalen Kreisen einerseits und linksliberalen und sozialistischen Kreisen andererseits auf die aufgeworfenen Fragen gegeben werden, bewegen sich nach wie vor im Rahmen der sozialpolitischen Modelle des "sozialen Kapitalismus" und des "demokratischen Sozialismus" nach H.-H. Hartwich <sup>49</sup>).

CDU und CSU, als Hauptträger des Modells des "sozialen Kapitalismus", wollen ordnungspolitisch "weniger Staat und Verbände" und dafür "mehr Markt" 50). Die bekannten Stichworte lauten: Privatisierung, Verpreisung und

<sup>45</sup>) H. Kahn, J. B. Phelps, The Economic Present and Future, in: Economic Impact 1/1980.

<sup>47</sup>) Martin Jänicke, Wachsende Zukunftsrisiken für Umwelt, Beschäftigung und Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/80.

mündigung durch Experten, a.a.O.

49) Vgl. H.-H. Hartwich, Sozialstaatspostulat ...
a.a.O., S. 56f, u. 58f.

<sup>44)</sup> Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980; auch: Der Markt der Sicherheiten, in: Kursbuch 61/1980.

<sup>46)</sup> Vgl. M. Jänicke, Zur Theorie des Staatsversagens, a.a.O.; ebenso meinen Artikel: Der Markt der Sicherheiten, a.a.O.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup>) Vgl. Zwischen Sozialstaat und Supermarkt: Die neue Abhängigkeit des Bürgers, in: I. Illich u. a., Entmündigung durch Experten, a.a.O.

<sup>50)</sup> Vgl. Manfred Groser, Die neue soziale Frage, a.a.O., S. 62ff.

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup>) Ivan Illich u. a., Entmündigung durch Experten, Reinbek 1979.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup>) Vgl. dazu den von mir hrsg. Sammelband: Anders arbeiten, anders wirtschaften, Frankfurt 1979.

Entpolitisierung öffentlicher Dienste <sup>51</sup>). Verteilungspolitisch stehen gegenwärtig u. a. eine Verbesserung des Familienlastenausgleichs, Erziehungsgeld und Partnerrente im Vordergrund <sup>52</sup>). Darüber hinaus wird allgemein Vollbeschäftigung für erforderlich gehalten. Des weiteren wird, insbesondere bei der CSU, der Vorrang der Familienförderung betont sowie das Prinzip, daß Hilfe zur gemeinschaftlichen Selbsthilfe so weit wie möglich nur subsidiär erfolgen soll.

Eine Antwort auf die Grenzen des Sozialstaats ist dies durchaus. Allerdings keine gute. Sie ist teilweise in sich widersprüchlich und politisch unannehmbar. Die genannten ordnungspolitischen und die verteilungspolitischen Ziele heben einander auf: Familienlastenausgleich, Erziehungsgeld, Partnerrente, finanzielle Familienförderung, Einrichtung von Sozialstationen, neue Beratungsdienste u. ä. stellen keine Begrenzung, sondern eine erhebliche Ausweitung des bestehenden Sozialstaats dar. Offenbar gibt es, wie Siegmar Mosdorf feststellte, im konservativen Lager tatsächlich zwei Flügel: einen ordnungspolitischen, dem der Ausbau des Sozialstaats schon zu weit geht, und einen verteilungspolitischen, der sich besonders um die "vergessenen" Frauen, Kinder, Alten, Behinderten, Alleinstehenden, Gastarbeiter usw. kümmern will, dem er also noch nicht weit genug geht 53).

Die Unannehmbarkeit der genannten ordnungspolitischen Ziele wurde schon häufig diskutiert <sup>54</sup>). Der Sozialstaat besteht ja gerade, weil der Markt unprofitable Sozialdienste nicht leistet. Und wo der Markt personbezogene Dienste leistet, privilegiert er besser Verdienende, während die schlechter Verdienenden sich nur eine entsprechend schlechtere oder gar keine Versorgung leisten können.

Die Forderung nach Vollbeschäftigung schließlich, der Vorrang für Familienförderung und die Betonung des Subsidiaritätsprinzips sind der Absicht nach durchaus löblich.

Aber erstens haben weder die Familie noch Vollbeschäftigung in der sogenannten Realpolitik einen Vorrang. Zweitens sind mit Familie stillschweigend die patriarchalische Familie und autoritäre Gemeinschaftsformen gemeint. Und drittens handelt es sich bei der angestrebten Familienförderung durchweg um finanzielle Zuwendungen.

Nicht, daß dies grundsätzlich falsch wäre. Aber es drückt sich darin doch eine gewisse hilflose Illusion, um nicht zu sagen der Grundwiderspruch und die fortwährende Selbstaufhebung konservativer Politik aus: Mit Geld und guten Worten allein ist weder die Familie noch sonst ein Gemeinschaftszusammenhang wirklich zu retten. Im Gegenteil: Der Sozialverfall ist ja gerade eine Folge der immer umfassenderen Kapitalisierung und Vermarktung von Bedürfnissen. Geschäft und Gemeinschaft vertragen sich nicht ohne weiteres. Das konservative Lager reklamiert beides, und darin besteht sein Widerspruch. Gelöst wird er in der Regel, indem zugunsten der Gemeinschaft geredet und zugunsten des Geschäfts gehandelt wird.

Im linksliberalen und sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lager sind die Grenzen des Sozialstaats mehrheitlich noch nicht einmal anerkannt. Allenfalls gesteht man sich gewisse, meist finanztechnische, "Probleme" ein. Die Antworten auf diese "Probleme" lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- keinesfalls "mehr Markt" (Privatisierung verhindern), wenn nötig eher noch "mehr Staat" und mehr Verbandsmacht, d. h. Gewerkschaftseinfluß;
- mehr Geltung des am aktuellen Bedarf orientierten "Finalprinzips", weniger Anwendung des individuell-leistungsbezogenen "Kausalprinzips";
- präventive Sozialpolitik anstelle von reaktiver Symptombekämpfung;
- Demokratisierung auch der sozialstaatlichen Einrichtungen und Partizipation der Betroffenen;
- Vollbeschäftigung und mehr Einkommensgleichheit 55).

Im Orientierungsrahmen der SPD wird ansonsten sehr unspezifisch nach "selbstverantwortlichen Lösungen" gerufen. Konkrete Maßnahmen im einzelnen unterscheiden sich von de-

<sup>51)</sup> Vgl. Johano Strasser, Grenzen..., a.a.O., S. 126ff.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup>) Vgl. Siegmar Mosdorf, Die sozialpolitische Herausforderung, a.a.O.; ders., Konservativ-ordoliberale Wohlfahrtsstaatskritik..., a.a.O.

<sup>53)</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>54)</sup> Erich Standfest, Sozialpolitik und Selbstverwaltung, Köln 1977, S. 145ff.; J. Strasser, a. a. O., S. 131ff.; M. Jänicke, Zur Theorie . . , a. a. O., S. 38.

<sup>55)</sup> Dazu besonders S. Mosdorf, Die sozialpolitische Herausforderung, a.a.O., S. 123ff.

nen der CDU/CSU nur unwesentlich. Ausnahmen bilden allerdings Forderungen nach einheitlicher Zusammenfassung von Sozialbürokratien, Arbeitszeitverkürzung und Herabsetzung des Rentenalters <sup>56</sup>).

Zu diesem Programm kann sinngemäß ähnliches gesagt werden wie zum Programm des konservativen Lagers. "Mehr Einkommensgleichheit" z. B. ist sozialpolitisch gewiß grundlegend. In der sogenannten Realpolitik steht dieses bedeutende Ziel aber so wenig im Vordergrund wie die Familienpolitik. Diese wiederum wird in der linken Programmatik traditionell sträflich vernachlässigt.

Mitbestimmung und Demokratisierung sind ebenso löbliche Ziele. Aber z. B. im Zusammenhang mit den Rentenversicherungen von einer "Selbstverwaltung" zu sprechen, kommt einem Mißbrauch des Begriffs der Selbstverwaltung gleich. Der Versuch, in diesen gigantischen Verwaltungsapparaten "mehr Mitbestimmung" zu erreichen, gar mehr Mitsprache der Betroffenen, ist - falls er überhaupt ernst gemeint wird - illusionär und ansonsten Augenwischerei wählbarer Machteliten. Demokratische Formen werden jenseits kritischer Größenordnungen zur Farce. Zum Beispiel die Laisierung bzw. Para-Professionalisierung oder etwa auch die Bildung von lokalen Arbeitsgemeinschaften der Versicherungsträger können, wie die Dinge gegenwärtig stehen, sich nur als verlängerte Arme der zentralisierenden Systeme auswirken 57).

Wer es mit Demokratisierung, Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung wirklich ernst meint, muß unter den gegebenen Bedingungen auf Entflechtung und Dezentralisierung aus sein, nicht auf noch mehr einheitliche Verwaltung und Zentralkoordination. Diese Augenwischerei bzw. Selbsttäuschung gilt nicht zuletzt auch für die Forderung nach Vollbeschäftigung: durch die Förderung eines kapital- und energieintensiven Superindustrialismus verhindert man sie geradezu.

Genau diese Zwiespältigkeit charakterisiert das ganze demokratisch-sozialistische Programm. Besonders deutlich ist dies bei den Forderungen nach mehr aktueller Bedarfsorientierung gemäß dem "Finalprinzip" und nach mehr vorbeugenden Maßnahmen statt nachträglicher Symptombehandlungen. Abgesehen davon, daß dies im CDU-Grundsatzprogramm genau so auch gesagt wird, läßt diese Politik fundamental entgegengesetzte Verwirklichungen zu. Geltung des "Finalprinzips" kann heißen, unkompliziert jenen zu helfen, die sich gerade nicht selbst helfen können; aber es kann auch heißen, den allgegenwärtigen Überwachungs-, Verwaltungs-, Zuteilungs- und Versorgungsstaat zu etablieren, der darauf beruht, daß praktisch niemand mehr über die Mittel verfügt, sich selbst zu helfen. Und was heißt "präventive" Sozialpolitik daß die Menschen einer ständigen medizinisch-psychosozialen Kontrolle unterliegen, oder daß Ursachen an ihrer Wurzel angegangen werden, nämlich durch grundlegende System- und Lebensveränderungen? Das sind zwei völlig unverträgliche Programme: Beim einen geht es um immer mehr sozialstaatliche Interventionen, beim anderen darum, sie überflüssig zu machen.

Diese Art von "demokratischem Sozialismus" ist undeutlich und wirkt desorientierend. Sie läuft Gefahr, zum Schrittmacher ienes zweifelhaften Fortschritts zu werden, der personale durch funktionale Herrschaft ersetzt, familiale Gemeinschaft durch institutionelle Vergesellschaftung verdrängt, und der zu guter Letzt noch dem industriellen Wachstum die Krone des superindustriellen DDD-Wachstums aufsetzen wird: noch mehr Warenintensität, nicht zuletzt durch die Dienstleistungen der Sozialund Sicherheitsindustrien. Besonders ausführlich dargelegt ist diese emanzipatorisch verbrämte Durchbrecherstrategie bei A. Gartner und F. Riessman: Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft 58). Eine privatwirtschaftliche Kommerzialisierung der sozialen Versicherungs- und sonstigen Dienste wird bei diesem Wachstumstypus vielleicht nicht überwiegen, aber eine weitere staatlichindustriell organisierte "Kapitalisierung" gewiß.

Beunruhigend fand ich beim Literaturstudium zu diesem Artikel die verbreitete Selbstbeschränkung des Denkens durch das, was für "machbar" gehalten wird. Kritik am eigenen Programm im eben vorgebrachten Sinn wird zwar hie und da angedeutet, aber mit dem resignierten Hinweis auf die mangelnde "politi-

<sup>56)</sup> Ebenda, S. 128ff,

<sup>57)</sup> Vgl. Erich Standfest, Sozialpolitik und Selbstverwaltung, a.a.O., S. 217ff.; Bernhard Badura, Peter Gross, Sozialpolitische Perspektiven, München 1976, S. 292ff.

<sup>58)</sup> Vgl. Anmerkung 8.

sche Durchsetzbarkeit" nicht weiter verfolgt <sup>59</sup>). Gerade in einem Bereich wie der Sozialpolitik gerät engagierte Wissenschaft leicht zur Parteiwissenschaft. Wo sich dann die Wirklichkeit nicht mit der Wahrheit verträgt, läuft die Wissenschaft Gefahr, zum Parteigänger der Unwahrheit zu werden. Aber auch wenn man Realist genug ist, um eine Alternative zum bestehenden Wohlfahrtsstaat auf ab-

sehbare Zeit für nicht "durchsetzbar" zu halten, muß man doch darauf beharren, daß sie notwendig ist — und man muß sie formulieren. Eine Gesellschaft ohne Ideale und Utopien ist eine Gesellschaft ohne Zukunft, und wer nichts weiter als bloß Realist ist, kann nicht einmal das richtig sein, weil das Wirkliche nur durch den Hintergrund des Möglichen lebendig wird.

### IV. Der Ausweg einer sozialen Ökologie: Systembegrenzung und Sozialentwicklung

Mit der vorangegangenen Kritik der konservativen wie der linksliberalen Standpunkte sollte nicht einer unbedachten Demontage des Sozialstaats das Wort geredet werden. Denn den Sozialstaat abzubauen, ohne auch die Bedingungen abzubauen, die ihn erfordern, wäre bloß reaktionär. Damit ist bereits ausgedrückt, daß es einer alternativen Sozialpolitik in erster Linie um eine Veränderung der Bedingungen gehen muß. Insofern wäre ein Begriff wie "Gesellschaftspolitik" in der Tat zutreffender. Oberstes Ziel einer alternativen Sozialoder Gesellschaftspolitik wäre es, sich überflüssig zu machen.

Bei der Erläuterung der Sozialstaatsgrenzen wurde deutlich, daß sich die Problemursachen in Polanyis Begriff der "Großen Transformation" zusammenfassen lassen: immer mehr Warenwirtschaft, immer weniger Subsistenzwirtschaft; immer mehr Gesellschaft, immer weniger Gemeinschaft; immer mehr Warenintensität, immer weniger Subsistenznähe; immer mehr bürokratisch-funktionale Fremdbestimmung, immer weniger personale Selbstbestimmung; immer mehr Kapital und Energie, immer weniger menschliche Arbeit.

Damit hängen zwei Grundsachverhalte zusammen: erstens eine unausgewogene Verteilung der Erwerbsmöglichkeiten und zweitens
Sozialverfall. Das erste, das Erwerbs- und
Arbeitsmarktproblem, führt dazu, daß immer
weniger Menschen für immer mehr Menschen
außerhalb ihrer eigenen Arbeits- und Lebenssphäre sorgen müssen, und zwar über institutionelle Kanäle, weil nämlich zweitens der Sozialverfall bedeutet, daß die sozialen Gemein-

schaftsnetze sich auflösen und dies zu den bekannten psychosozialen Krankheitsbildern sowie zur Entwicklung einer staatlich-industriellen Sicherheits- und Sozialindustrie führt. So gesehen liegt der Schlüssel zur Lösung der Sozialstaatskrise erstens in Vollbeschäftigung durch eine bessere Verteilung der Arbeitsplätze und Einkommen und zweitens in Sozialentwicklung.

Vollbeschäftigung heißt Erwerbsmöglichkeiten für alle — Männer wie Frauen, Junge wie Alte — mit dem Ziel, möglichst viele in die Lage zu versetzen, finanziell für sich selbst sorgen zu können. Es geht um eine egalitäre und gerechte Verteilung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Sozialentwicklung heißt Wiederbelebung oder Neuentwicklung von sozialen Gemeinschaftsnetzen mit dem Ziel, dort mehr Einbindung und Erfüllung zu finden (und nicht in Karriere und Konsum) und sich durch gemeinschaftliche Selbsthilfe und Eigenarbeit mit möglichst vielen Dingen und "Diensten" des täglichen Lebens selbst zu versorgen.

Während unter dem Stichwort "bessere Verteilung von Arbeitsplätzen und Einkommen" bzw. "Vollbeschäftigung" brauchbare Elemente demokratisch-sozialistischer Programmatik aufgegriffen werden können, lassen sich im Begriff der "Sozialentwicklung" konservative Wahrheiten aufheben. Diese einfache Synthese wäre allerdings gewiß zu schön, um wahr zu sein, und sie ist auch nur denkbar, wenn sie zugleich mit beiden bricht. Superindustrielles Wachstums durch Markt und Staat machen eine gerechte Erwerbs- und Einkommensverteilung ebenso unmöglich wie eine Wiederbelebung von Familien- und Nachbar-

<sup>59)</sup> Besonders deutlich bei S. Mosdorf, a.a.O., S. 120ff., sowie bei beiden von Erich Standfest zitierten Arbeiten.

schaftsbeziehungen. Eine alternative Sozialpolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient, kann deshalb nur eine ökologische Politik sein, die sich mit libertären und sozialistischen Elementen verbindet.

Eine solche Synthese ist möglich, seit die Linke unter dem Einfluß der Frauen-, Okologie- und Alternativbewegung dezentrale Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Selbsthilfe, Eigenarbeit und die "vergessene soziokulturelle Dimension" (J. Strasser) wieder entdeckt hat 60). Es geht weder um "mehr Markt" noch um "mehr Staat", sondern um "nicht mehr Markt, nicht mehr Staat, und mehr gemeinschaftliche Selbsthilfe und Eigenarbeit"61). Es geht nicht um noch mehr Wachstum und Systementwicklung, sondern um mehr Sozialentwicklung und Selbstentwicklung gleichzeitiger Systembegrenzung und um das tabubedrohte Wort sei nochmals ausgesprochen - Systemveränderung. Dieses Konzept ist in jüngster Zeit auch unter dem Begriff einer besser balancierten Dualwirtschaft in die Diskussion gekommen. Außer den im folgenden noch angeführten Punkten sei dazu auf die inzwischen erschienene Literatur verwiesen 62).

Im Zusammenhang mit der Erwerbs- und Einkommensfrage dürften u. a. folgende Punkte wesentlich sein:

— Vollbeschäftigung ist nicht erreichbar durch superindustrielle Technologien in Verbindung mit Sicherheits- und Sozialdiensten, weil sie kapital-, technologie-, energie-, experten- und damit lohnintensiv sind. Vielmehr ist ein Umschalten nötig auf arbeitsintensive Technologien gerade in Landwirtschaft und Verarbeitung, ebenso sind erhebliche Arbeitszeitverkürzungen (die nicht immer und nicht bei allen Einkommensstufen mit einem "Lohnausgleich" verbunden sein können) und mehr

noch Arbeitsplätze mit weitgehender Zeitsouveränität erforderlich. Lohnsklaverei ist im wesentlichen Arbeitszeitsklaverei. Die Stückmechanik der Arbeitszeiten und Arbeitsorte aufzulösen, wäre tatsächlich nichts anderes, als die Sachzwangsmaschinerie von Markt und Staat aufzulösen. Jedenfalls muß nicht "mehr" Arbeit im formellen Sektor geschaffen werden, sondern es muß dort "weniger" und "anders" gearbeitet werden <sup>63</sup>).

— Nötig ist eine Verringerung der Sekundärverteilung zugunsten einer vergrößerten und gerechteren Primärverteilung. Wir sollten mehr selbst bezahlen können, wofür heute der Staat und die Sozialbürokratien für uns und an unserer Stelle (und mit unserem Geld) zahlen. Das würde mehr Verantwortlichkeit bei Anbietern wie Nachfragern bedeuten, mehr personale und bedürfnisnahe und weniger bürokratische Nachfragelenkung, z. B. im Schul-, Gesundheits- und Versicherungswesen.

Dies setzt allerdings voraus, daß die primären Einkommen egalitär verteilt sind. Notwendig ist deshalb zugleich ein Wiederanknüpfen an eine traditionell sozialistische Verteilungspolitik, die sich nicht auf eine Verteilung von Zuwächsen abdrängen läßt, sondern die der "Besitzstandswahrung" den Kampf ansagt und an der Umverteilung ungleicher Einkommensund Vermögensbestände zu rühren wagt.

Unter egalitären Einkommens- und Vermögensverhältnissen ist eine Entstaatlichung von Sozialdiensten unproblematisch und auch wünschenswert im Sinne sozialer Vielfalt und kultureller Freiheit. Die bürgerlichen Freiheitsphilosophien der französischen Revolution und die Segnungen der "unsichtbaren Hand" des Marktes können sich überhaupt erst dort wirklich entfalten, wo eine sozialistische Revolution gleiche Voraussetzungen geschaffen hat. Wichtig ist, daß die erforderliche Umverteilung nicht steuerpolitisch und quasi "staatssozialistisch" erfolgt, sondern z. B. durch eine autonome Tarifpolitik selbstverwalteter Einheiten 64).

<sup>60)</sup> J. Strasser, a.a.O., S. 112.

<sup>61)</sup> Vgl. auch Egon Matzner, Zur Entwicklung des autonomen Sektors, discussion paper Wissen-

schaftszentrum Berlin IIM/dp 79—89

<sup>62)</sup> Anders arbeiten — anders wirtschaften. Dual-wirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein, Frankfurt 1979; Wer soll das alles ändern, Berlin Sept.1980; Ökologisch wirtschaften, in: Öko-Almanach, Frankfurt 1980; André Gorz, Adieu au prolétariat, Paris 1980; Guy Aznar, Non aux loisirs, non à la retraite, Paris 1978; Adret, Travailler deux heures par jour, Paris 1977; Futuribles (Hg), L'emploi ou l'obsession du futur, Paris 1979; ebenso die Dossiers der International Foundation for Development Alternatives IFDA, 2 Place du Marché, Nyon, Schweiz.

<sup>63)</sup> Vgl. auch den Spiegel-Titel von Stephan Burgdorff, Weniger arbeiten — besser leben, Nr. 27/1980, sowie die verschiedenen Veröffentlichungen von Bernhard Teriet.

<sup>64)</sup> Dazu auch: Entmündigung durch Experten, a.a.O., S. 150ff., sowie: Das Unternehmen. Modell einer selbstverwalteten Wirtschaft, in: Kursbuch 53/1978.

Nicht zuletzt — was ebenfalls das genaue Gegenteil heutiger Tendenzen darstellt — wäre auf eine allgemeine qualifikatorische Gleichwertigkeit der Arbeitsplatzanforderungen hinzuwirken. Ohne eine tiefgreifende "Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt", wie dies heute heißt, müßte eine egalitäre Einkommensverteilung (und nicht nur diese) bloße Illusion bleiben.

— Nötig sein wird auch eine Neuordnung des öffentlichen Steuer- und Transfersystems. Zum Beispiel sind Sinn und Notwendigkeit einer öffentlich verwalteten "Leistungsrente" unter Bedingungen wie den oben genannten nicht einsehbar<sup>65</sup>). Auch Vorschläge für entsprechende Reformen des Steuersystems wurden an anderer Stelle schon unterbreitet <sup>66</sup>).

Was nun die Frage einer verbesserten Sozialentwicklung betrifft, sei noch zweierlei hervorgehoben:

- Nicht Wirtschaftspolitik, sondern Sozialpolitik im dargelegten Sinn muß Vorrang haben. Ich möchte hier Norbert Blüm beipflichten, der "etwas dagegen" hat, "wenn die Hilfen für den kleinen Mann Sozialpolitik heißen und sich ständig rechtfertigen müssen, während die Hilfen für Unternehmen Wirtschaftspolitik genannt werden und unter Naturschutz stehen"67). Worauf es allerdings ankommt, sind nicht so sehr bzw. nicht nur finanzielle Hilfen, sondern vor allem eine Gesetzgebung und eine wirtschaftlich-soziale Rahmenplanung, die den Vorrang der familialen und sonstigen sozialen Lebenswelt gegenüber Markt und Staat auch durchsetzen. Es muß z. B. auch noch viel mehr darüber nachgedacht werden, wie für Wohngemeinschaften, soziale Patenschaften, kleine Netze, Nachbarschaftsvereine, Bürgerinitiativen u. ä. ein besserer gesetzgeberischer Humus geschaffen werden kann.

Im übrigen sind die Möglichkeiten staatlichinstrumenteller Politik hier begrenzt - und sollten auch begrenzt bleiben. Ob, wie früher, die Religion eine soziale Erneuerung tragen kann, ist fraglich, zumal auch die Kirchen bei uns fragwürdig geworden sind. Jedenfalls muß eine soziale Erneuerung aus der sozialen Lebenswelt, der Civil Society selbst kommen. Ich meine - durch Erfahrungen aus der Alternativbewegung und dem "Netzwerk Selbsthilfe" darin bestärkt -, daß die soziale Lebenswelt und der informelle Sektor dies auch leisten können, wenn Markt und Staat sie weniger kolonisieren - vor allem nicht in Form einer staats- oder verbändeorganisierten "Bürgerbeteiligung".

- Markt und Staat können schließlich zu einer besseren Sozialentwicklung beitragen, indem sie entsprechende Mittel dazu liefern oder bereitstellen 68): natur- und sozialökologisch angepaßte Produkte; weniger passiv machende Fix-und-Fertig-Angebote, mehr Mittel zur Eigenarbeit und zum Selbermachen; weniger versorgen, sondern Selbstversorgungsmittel anbieten; weniger Hilfe leisten, sondern mehr Selbsthilfemöglichkeiten schaffen; Verbreitung entsprechender Qualifikationen; Erleichterung des Erwerbs bzw. der Nutzung von Gebäuden und Geländen; Beihilfen zu entsprechenden Ausrüstungen und Ausstattungen. Gemeindeentwicklung zum Beispiel, als dualwirtschaftliche Verbindung von Sozialentwicklung im informellen Sektor mit einer Förderung traditioneller und moderner Kleinund Mittelbetriebe vor Ort, wäre weniger und doch viel besser als jene halsbrecherischen superindustriellen Durchbruchsmanöver, mit denen gegenwärtig fast alle Mittel vergeudet werden.

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup>) Vgl. Erich Standfest, Sozialpolitik als Reformpolitik, Köln 1979, S. 73f.

<sup>66)</sup> Vgl. auch meine Arbeit: Technokratie oder Menschlichkeit. Zur Theorie einer humanen und demokratischen Systementwicklung, Achberg 1978, S. 201 ff.

<sup>67)</sup> Norbert Blüm, Das Selbstverständnis der Sozialausschüsse, a.a.O., S. 90.

<sup>68)</sup> Vgl. dazu auch die Darstellung des Konzepts der "gesellschaftlichen Selbstorganisation öffentlicher Aufgabenerfüllung" bei Egon Matzner, Wohlfahrtsstaat . . ., a.a. O., S. 149 ff.

### Soziale Fragen in Wissenschaft und Alltag

### I. Die Sozialwissenschaft vor neuen Aufgaben

Mit dem Schwinden von Zielvorgaben für das private und gesellschaftliche Leben, wie sie durch Tradition und Religion vergangenen Generationen bereitgestellt wurden, schwand eine Legitimationsbasis menschlichen Handelns. Das Aufblühen der Wissenschaften in unserer Zeit schien einen Strohhalm im Strudel der Orientierungslosigkeit zu bieten. Wissenschaft wurde in vielen Bereichen zur Rechtfertigungsinstanz gesellschaftlichen Handelns. Die Wertediskussion in den Sozialwissenschaften der sechziger Jahre (Positivismusstreit) suggerierte auch breiten Teilen der Sozialwissenschaftler, daß die Einbeziehung von Sinngebung in wissenschaftliches Handeln und Urteilen mit der Aufgabe der Sozialwissenschaften vereinbar sei. Formallogische Argumentationen — etwa seitens des kritischen Rationalismus (Hans Albert, Karl Popper) gegen die Annahme, Wissenschaft könne und solle normativ in gesellschaftliche Wirklichkeit eingreifen, vermochten es nicht, die Verbreitung dieser Überschätzung wissenschaftlicher Möglichkeiten einzuschränken. Die Alltagshoffnungen richten sich noch immer auf eine Wissenschaft, durch die dem eigenen Handeln eine gleichsam höhere Weihe gegeben wird.

Der Sozialwissenschaft kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, diesen Erwartungen nicht entschieden genug entgegengetreten zu sein. Der in den letzten Jahren beobachtbare Wissenschaftsskeptizismus, der als Technologiekritik in der Antikernkraftbewegung ein Kristallisationszentrum findet, bietet möglicherweise die Chance, eine Standortbestimmung der Sozialwissenschaften in unserer Gesellschaft neu und realistischer vorzunehmen. Teil dieser neuen Standortbestimmung muß es sein, die Relation wissenschaftlicher Aussagen und alltäglicher Handlungskonzepte zu bestimmen. Es muß hierbei vermieden werden, wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt durch praktizistische Anforderungen von außen zu blockieren; es darf aber auch nicht, wie es Schelsky nannte, zu einer Priesterherrschaft der Intellektuellen kommen.

Die westlichen Industriegesellschaften haben einen zunehmenden Bedarf an sozialwissenschaftlicher Forschung<sup>1</sup>). So wird etwa der Wunsch nach zufriedenstellenden zwischenmenschlichen Beziehungen in unterschiedlichen Bereichen immer deutlicher artikuliert: Humanisierung der Arbeitswelt und Bürgernähe von Verwaltungen sind politisch wichtige Aufgaben geworden, die als Indikatoren für ein stärkeres Bewußtsein der Bedeutung des "Faktors Mensch" in unserer Gesellschaft hindeuten. Das technologisch Machbare wird in vielen Bereichen, wie in der Kernkraftdebatte, in der Genforschung, der Stadt- und Regionalplanung, in der Datenverarbeitung etc. mehr und mehr an seinen psychischen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen gemessen (Technology Assessment).

Zukunftszenarios über postindustrielle Gesellschaften, so unterschiedlich sie auch sein mögen²), machen die wachsende Beachtung zwischenmenschlicher Beziehungen deutlich: "Aber wenn es heute auch keine eigentlichen Leitbilder für die Arbeit gibt, eins läßt sich doch mit Sicherheit sagen: Im Mittelpunkt der neuen Beziehung steht die Begegnung oder Kommunikation und die Reaktion des Ich auf

Uberarbeitete Fassung des Beitrags "Sozialforschung und Alltagserwartung" für den von H.-J. Fietkau und D. Görlitz herausgegebenen Band "Umwelt und Alltag in der psychologischen Forschung", der im Frühjahr 1981 im Verlag Beltz, Weinheim, erscheinen wird.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>) Vgl. B. Badura, Zur Rezeptivität gegenüber soziologischem Wissen, in: Soziologie. Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2, 1978.
<sup>2</sup>) Vgl. H. J. Harloff, Bedingungen des Lebens in der Zukunft und die Folgen für die Erziehung, TU-Berlin Dokumentation, 1978.

den Anderen oder umgekehrt — vom Ärger des Reisenden am Flugkartenschalter bis zur wohlwollenden oder aufgebrachten Antwort des Lehrers auf die Frage des Schülers. Und dieser Umstand, d. h. die Tatsache, daß die Individuen neuerdings miteinander reden, statt auf eine Maschine zu reagieren, ist grundlegend für die Arbeit in der nachindustriellen Gesellschaft."3)

Sind die Sozialwissenschaften auf die wachsende Nachfrage nach sozialwissenschaftlichen Hilfen für die Lösung sozialer und psychischer Probleme (bzw. sozialer und psychischer Folgeprobleme des technologisch-industriellen Wandels) unserer Gesellschaft vorbereitet? Sind die möglichen Anwender sozialwissenschaftlicher Befunde mit den Arbeitsund Denkformen der Sozialwissenschaft hinreichend vertraut?

Sowohl Sozialwissenschaftler als auch Praktiker haben wohl oft erfahren, daß in diesem Bereich die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis schwierig ist 4). Dieser Beitrag geht der Frage nach, worin diese Dialogschwäche konkret besteht. Er versucht, Lösungswege zu diskutieren, wie das Verhältnis zwischen Forschung und realer Lebenswirklichkeit verbessert werden kann — wie sich "social world" und "social science" näherkommen können.

Die Frage, in welcher Weise die alltägliche Lebenswirklichkeit wie die natürliche und die vom Menschen gestaltete Umwelt in den Sozialwissenschaften repräsentiert sind, ist in der Geschichte der Sozialwissenschaften viel diskutiert worden. Die Erörterung der Problematik erfolgte bislang eher unter wissenschaftstheoretischen Gesichtspunkten<sup>5</sup>); hier sollen im Gegensatz dazu Kommunikationsprobleme sozialwissenschaftlicher Forschung thematisiert werden, wie sie sich derzeit faktisch darstellen.

In den letzten Jahren hat sich in der universitären Realität der sozialwissenschaftlichen

Disziplinen, in ihrem Selbstverständnis und in dem Erwartungsprofil, das seitens einer breiten Offentlichkeit oder auch gesellschaftlicher und politischer Eliten an sie gerichtet wird, manches geändert. Sozialwissenschaften (insbesondere Psychologie und Soziologie) haben sich zu empirischen Wissenschaften entwikkelt. Die theoretischen Modelle bewähren sich am Vorfindbaren oder scheitern an der Realität. Sie wenden sich damit mindestens in ihrer (empirischen) Forschungspraxis gesellschaftlicher Realität zu, wie sie in einer bestimmten historischen und soziokulturellen Situation existieren. Sie sind nicht länger wissenschaftliche Disziplinen, die allein oder überwiegend dem theoretischen Erkenntnisfortschritt verpflichtet sind. Psychologie ist z. B. zu einem Studienfach geworden, das breite Studentengruppen anzieht 6). Diese versuchen, mit Hilfe ihres Wissens auf soziale Realität in unterschiedlichsten Bereichen zu wirken. Die Entwicklung zu einer anwendungsorientierten Sozialwissenschaft (Sozial-Technologie) wird deutlich.

Sozialwissenschaftliche Fragestellungen und Lösungsversuche sind in die öffentliche Diskussion gekommen (Managementtraining, Partizipationsmodelle, Humanisierung der Arbeitswelt etc.). Die stärkere Nachfrage nach sozialwissenschaftlichem Wissen seitens der Gesellschaft wie die Veränderungen, die sich in den Sozialwissenschaften selbst vollziehen, machen eine Verbesserung der Dialogfähigkeit zwischen beiden Seiten erforderlich. Die schlichte Forderung nach mehr Praxisnähe und -relevanz seitens der Anwender sowie die Wahrnehmung seitens der Wissenschaftler, die Vertreter der Praxis müßten lernen, sozialwissenschaftlich beantwortbare Fragen zu stellen und ihre Praxis so verändern, daß im Rahmen der Sozialwissenschaft entwickelte Modelle zum Einsatz kommen können, reichen nicht aus. Die Lösung des Dialogproblems kann nicht einfach der jeweils anderen Gruppe angelastet werden. Es ist notwendig, die Strukturbedingungen der Dialogschwäche besser zu verstehen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>) D. Bell, Die nachindustrielle Gesellschaft, Hamburg 1979.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>) Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt 1977.

<sup>5)</sup> Vgl. z. B. K. Holzkamp, Theorie und Experiment in der Psychologie, Berlin 1964.

<sup>6)</sup> Z. Zt. gibt es mehr Psychologiestudenten als Menschen, die ein Psychologiestudium abgeschlossen haben.

### II. Sozialwissenschaft und Alltagswissen im Wettbewerb

Die Beziehung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse zu gesellschaftspolitischem oder privatem Handeln scheint problematisch: Häufig spielen bereits bei der Vergabe von Forschungsaufträgen Gründe eine Rolle, die nur wenig mit dem Wunsch zu tun haben, umfangreichere und gesichertere Erkenntnisse in einem Wissensfeld zu erhalten: Forschung als Statussymbol der Auftraggeber, Forschung als Mittel, politische Entscheidungen quasi nachträglich zu legitimieren, Forschung als Vehikel, politische Entscheidungen mit dem Argument aufzuschieben, man müsse erst wissenschaftliche Ergebnisse abwarten u. a. 7).

Der Anlaß sozialwissenschaftlicher Forschung ist mithin nicht immer der Wunsch, neue Informationen und Sichtweisen zu erhalten. Dies diskreditiert sozialwissenschaftliche Forschung bereits am Anfang in ihrem wissenschaftlichen Anspruch. Aber nicht nur bei der Vergabe von Forschungsvorhaben, auch bei der Vermittlung sozialwissenschaftlicher Befunde an die Allgemeinheit setzen sich diese Schwierigkeiten fort, die sich als Akzeptanzproblem der Sozialwissenschaften darstellen. Im folgenden soll ausgeführt werden, daß die Umsetzungsschwierigkeiten den Sozialwissenschaften strukturimmanent sind, d.h. keine Funktion der historischen Tradition der Wissenschaft, der jeweiligen Güte ihrer wissenschaftlichen Aussagen oder der Praxisverbundenheit ihrer Vertreter darstellen.

Den Sozialwissenschaften wird häufig der Vorwurf gemacht, sie produzierten entweder hochpräzise, aber praktisch völlig belanglose Befunde oder Trivialitäten, deren Quintessenz bereits der Volksmund sprichwörtlich kennt ("was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr"). Das Problem, das sich in diesem Vorwurf ausdrückt, hat bereits eine lange wissenschaftstheoretische Diskussion erfahren. Der Anspruch auf Präzision sozialwissenschaftlicher Aussagen ist partiell mit dem Wunsch nach umfassender Erklärung komplexer sozialer Sachverhalte unvereinbar. Es

gibt damit einen unter Verwertungsgesichtspunkten wichtigen trade off zwischen Präzision und Breite des Aussagenbereichs sozialwissenschaftlicher Aussagen (Bandbreite-Fidelity-Dilemma). Neben der wissenschaftstheoretischen Analyse dieser Schwierigkeit kann das Problem der Verwertbarkeit auch als ein Perzeptionsproblem verstanden werden. Wissenschaftliche Befunde sind ja nicht per se verwertbar oder nutzlos. Sie sind dies erst in der Beurteilung der Adressaten oder Konsumenten dieser Befunde, Die Umsetzung von Sozialwissenschaft in politisches Handeln wird so zum Gegenstand (empirischer) Sozialwissenschaften selbst.

Sozialwissenschaften sind als empirische Wissenschaften relativ jung. Seit nunmehr knapp 100 Jahren versuchen z.B. Psychologen, menschliches Verhalten empirisch zu erfassen, zu klassifizieren, dessen Bedingungen zu analysieren und Prognosen zu wagen. Eine Wissenschaft, die sich mit dem Verhalten und Erleben von Menschen beschäftigt, betritt jedoch kein Neuland. Die Beschäftigung mit menschlichem Verhalten, seine Bedingungsanalyse ist so alt, wie Menschen bewußt miteinander umgehen<sup>8</sup>). Menschliches Zusammenleben wird erst dadurch möglich, daß mit (hoher) Wahrscheinlichkeit zutreffende Erkenntnisse (explizit oder implizit) über das Verhalten der Sozialpartner bei diesen vorliegen. Das phylogenetisch in Jahrtausenden, ontogenetisch ein Leben lang erworbene Alltagswissen zeichnet sich durch einen hohen Grad von praktischer Bewährung im Alltag aus. Diesem Alltagswissen treten nun Befunde aus der Forschung gegenüber. Dies führt zu drei prototypischen Formen der Aufnahme sozialwissenschaftlicher Befunde:

1. Alltagserfahrungen und wissenschaftliche Erfahrungen entsprechen sich:

Urteil: das Forschungsergebnis ist zwar richtig, es ist aber trivial und man fragt sich, warum für die Erhebung derartiger Selbstver-

<sup>)</sup> Vgl. R. Bartholomäi, Ressortforschung. Aspekte der Vergabe und Forschungsbegleitung, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt 1977.

a) Vgl. C. Offe, Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik, Frankfurt 1977.

ständlichkeiten überhaupt Forschungsgelder ausgegeben werden.

2. Es werden wissenschaftlich Ergebnisse beschrieben, die einen Aussagebereich betreffen, über den keine Alltagserfahrungen vorliegen:

Urteil: a) unter der Bedingung, daß es sich dennoch um einen wichtigen Gegenstandsbereich handelt (i. S. der Alltagswahrnehmung):

Akzeptierung der Forschungsergebnisse sowohl hinsichtlich ihrer Relevanz als auch hinsichtlich ihrer wahrscheinlichen Richtigkeit (wenn keine Kollisionen mit wesentlichen Wertvorstellungen der Adressaten vorliegen);

b) unter der Bedingung, daß es sich um einen unwichtigen Gegenstandsbereich handelt (i. S. Alltagswahrnehmung):

Die Ergebnisse sind wahrscheinlich richtig, aber unwichtig und stellen den Prototyp der Forschung im Elfenbeinturm dar.

3. Alltagserfahrung und wissenschaftliche Erfahrung entsprechen sich nicht:

Urteil: große Skepsis gegenüber den Forschungsergebnissen. Suche nach Fehlern im methodischen Vorgehen.

Mit diesen prototypischen Urteilsmustern muß anwendungsorientierte sozialwissenschaftliche Forschung rechnen. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten für die Umsetzung von Forschung in alltägliches praktisches Handeln werden sehr deutlich, wenn man sich vor Augen führt, wie schwer es sein kann, festgefügte Einstellungs- und Verhaltensmuster zu ändern. Diese Problemlage unterscheidet die Sozialwissenschaften von den Naturwissenschaften: Bei den sozialwissenschaftlichen Fragen und Problemen liegt Alltagswissen vor - ja das Vorliegen von Alltagswissen ist geradezu die Voraussetzung dafür, daß ein sozialwissenschaftliches Problem als relevant beurteilt wird. Gleichgültig, ob es sich um Fragen der Erziehung kleiner Kinder oder des innerbetrieblichen Arbeitsklimas, sozialpolitische Fragen oder Grundprobleme der Außenpolitik handelt - jeder von uns hat dazu eine Meinung, und die wissenschaftliche Problemanalyse in diesen Feldern bringt Ergebnisse hervor, die sich entweder bestätigend in das vorhandene Alltagswissen einfügen und dann als trivial erlebt werden oder zu dem Alltagswissen in Konkurrenz treten und dann auf Widerstand stoßen.

Mangels vorhandenem Alltagswissen braucht aber der Physiker, der Aussagen über die Natur von Laserstrahlen macht, der Chemiker, der bestimmte Reaktionen formelmäßig erfaßt, oder der Mathematiker, der über die Lösbarkeit von Gleichungssystemen berichtet, nicht mit (vergleichbarem) Widerstand zu rechnen. Auch im naturwissenschaftlichen Bereich gibt es zwar Alltagswissen, die Forschungsbereiche der Naturwissenschaften entfernen sich jedoch immer mehr von Möglichkeiten alltäglicher Anschauung, Zu Zeiten, als Naturwissenschaften noch mit Alltagswissen konkurrierten ("Die Erde ist eine Kugel"), war der auftretende Widerstand gegen die wissenschaftliche Erkenntnis auch dort deutlich. Der Unterschied ist also nicht prinzipieller Art, sondern graduell.

Je mehr sich Wissenschaften in den Bereichen, die sie reflektieren, von den Betrachtungsmöglichkeiten entfernen, die im Alltag gegeben sind, desto weniger werden sie damit zu kämpfen haben, ihre Erkenntnisse in das allgemeine Bewußtsein zu bringen, zumal dies auch sinnlos scheint, weil niemand für sein praktisches Leben Theorien über Gegenstandsbereiche braucht, die ihm nicht zugänglich sind. Man mag einwenden, daß in jüngster Zeit ein stärkeres öffentliches Engagement im Nuklearbereich - als Antikernkraftbewegung - sichtbar wurde. Hier handelt es sich jedoch um eine Kritik, die sich nicht gegen die wissenschaftlichen Aussagen als solche richtet, sondern gegen ihre erwartete Konsequenzen in der Anwendung. In den Sozialwissenschaften setzt die Kritik aber nicht erst bei bestimmten Formen der Anwendung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse ein, die Kritik richtet sich bereits auf die sozialwissenschaftlichen Aussagen selbst.

Diese Argumentation soll nicht als Versuch mißverstanden werden, die Kritik, die sich im Lichte der Alltagserfahrungen an sozialwissenschaftliche Befunde richtet, zu diskreditieren. Wissenschaftliche Erfahrungen und Erfahrungen im Alltag sind nicht grundstrukturell unterschiedlich; beide basieren auf (theoriegeleiteten) Beobachtungen, Klassifikatio-

nen von Phänomenen, Schlußfolgerungen etc. Wissenschaftliche Erfahrung zeichnet sich aber dadurch aus, daß die Bedingungen, unter denen sie zustande kommt, explizit(er) sind. Der Transparenz der methodischen Bedingungen in der sozialwissenschaftlichen Forschung steht die Vielfalt alltäglicher Lebensrealität als Vorzug gegenüber, in der sich Alltagserfahrungen ausformen.

Wissenschaftliche Aussagen und Alltagserfahrungen können als sich ergänzende Formen der Beschreibung der Wirklichkeit, in der wir leben, gesehen werden. Die hier unterstellte Komplementarität setzt jedoch voraus, daß wenigstens der Gegenstand der Betrachtung in beiden Erkenntnisfeldern gleich ist und nur durch unterschiedliche Zugangsmodi in unterschiedlichem Licht erscheint. Es ist jedoch eine wissenschaftstheoretisch schwer zu beantwortende Frage, ob der Mensch in seinem Verhalten und Erleben (wie er der Alltagserfahrung zugänglich ist) mit dem gleichzusetzen ist, was die Wissenschaft als Erleben und Verhalten des Menschen beschreibt. Aber im Selbst- und im Fremdverständnis der Sozialwissenschaften ist eine Gleichsetzung beider Erfahrungsbereiche - trotz all ihrer offensichtlichen Unterschiedlichkeit in der Auswahl der zu beobachtenden Sachverhalte und auch in der Art des methodischen Zugangs immer wieder zu beobachten.

Die wissenschaftstheoretische Legitimität dieses Vorgehens ist jedoch problematisch. In den meisten Bereichen ist die Berechtigung dieser Gleichsetzung durchaus fraglich - es ist z. B. nicht anzunehmen, daß Alltagskonzepte von Intelligenz, von Konzentrationsfähigkeit, von Aggressivität usf. dem entsprechen, was (derzeit) als wissenschaftliches Konstrukt unter diesen Begriffen gefaßt ist. Sowohl im alltäglichen Leben als auch in einem empirischen wissenschaftlichen Kontext der Psychologie findet das Konstrukt "Intelligenz" Verwendung. Wenn in psychologischen Gutachten unter Intelligenz ein bestimmter Testwert verwendet wird und im Alltagssprachgebrauch aber der Erfolg in der Schule, die Bewährung im Beruf, die Fähigkeit, die persönlichen Belange und Probleme gut zu bewältigen, so ist es offensichtlich, daß keine (vollständige) Entsprechung zwischen den beiden Betrachtungsweisen erwartet werden kann; Dialogprobleme werden unausweichlich.

Die Strukturen sozialer Probleme sind wesentlich komplexer, als sie in damit verglichen einfach aufgebauten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen abgebildet werden können, d. h., die wissenschaftliche Aussage erlaubt meist keine hinreichend präzise Vorhersage im Einzelfall. Da in der wissenschaftlichen Analyse möglicherweise aber eine - vielleicht wesentliche — Bedingung für die reale Lebenssituation erfaßt wird, werden über eine Vielzahl von Einzelfällen hinweg Prognosen möglich, die die Trefferquote von Zufallsentscheidungen deutlich überschreiten. Der Einzelfall aber entzieht sich der Prognose (ideografische Aussagen); über Gruppen von Ereignissen oder Personen werden aber Prognosen möglich (nomothetische Aussagen). Diese Einschränkung der Prognosefähigkeit finden wir auch in den Naturwissenschaften: Kein Metereologe würde vorhersagen, wann ein bestimmter Wassertropfen auf eine bestimmte Stelle der Erde fällt, kein Quantenphysiker würde bestimmen, wann ein bestimmtes Elektron seinen Impuls verändert - über große Mengen von Wassertropfen oder von Elektronen lassen sich jedoch hochpräzise Aussagen machen, deren statistische Sicherheit so hoch ist, daß von kausalen Zusammenhängen gesprochen werden kann.

Dies alles ist für die Naturwissenschaften akzeptiert und problemlos - gegenüber Sozialwissenschaften aber existieren andere Erwartungen. Es werden von Sozialwissenschaftlern durchaus Prognosen über Einzelereignisse ihres Gegenstandsbereichs gefordert, z.B. eine Prognose über die Intelligenzentwicklung eines Kindes, über die Zukunft einer Bürgerinitiative, über die Akzeptanz einer bestimmten Fußgängerzone. Zwar kann der Sozialwissenschaftler versuchen, etwa die Bürgerinitiative in ihrem Verhalten als Summe der Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Mitglieder aufzufassen; aber dennoch bleibt dieses Vorgehen problematisch, denn die Rahmenbedingungen eben dieser Bürgerinitiative bleiben einzigartig und auch die Zahl der für die Beobachtung zur Verfügung stehenden einzelnen Mitglieder der Initiative ist (gemessen an den Verhältnissen in den Naturwissenschaften) sehr klein.

Der Sozialwissenschaftler, der Aussagen prognostischer Form über einzelne Fälle macht, muß seine Einschätzung des Einzelfalls, die auf einer (nach der methodischen Zugänglichkeit) begrenzten Anzahl von Informationen beruht, mit dem Alltagswissen desjenigen konfrontieren, der aus seinem alltäglichen

Umgang mit dem Einzelfall heraus dessen komplexe Struktur besser überschauen kann und oft dadurch höhere prognostische Kompetenz hat. Einzelfallprognosen können zwar auf der Basis (auch) sozialwissenschaftlicher Befunde erfolgen, sie sind jedoch nicht Gegenstand der Sozialwissenschaft selbst.

### III. Das Theorie-Mißverständnis

Auch wenn man lediglich den nomothetischen Charakter empirischer Sozialwissenschaft betrachtet, bleiben aus der Sicht des Verfassers und damit aus der Perspektive des Sozialwissenschaftlers Fehleinschätzungen über Möglichkeiten und Grenzen der Sozialwissenschaft seitens der Anwender bestehen.

Die Notwendigkeit theoretischer Forschung in den Sozialwissenschaften wird häufig unterschätzt. Um es auf einen knappen Nenner zu bringen: "Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie". Diese klassische Formel Lewins ist wissenschaftstheoretisch wohl unstrittig. Es gibt jedoch Anlaß, in der Kommunikation zwischen Sozialwissenschaft und Praxis deutlich auf die Unabdingbarkeit theoretischer Modellvorstellungen für die Bewältigung praktischer Probleme hinzuweisen. Jedem Handeln sind theoretische Modellvorstellungen über die Handlung, ihre Wirkung auf die Umwelt etc. implizit, auch wenn nicht immer davon ausgegangen werden kann, daß die handlungsleitenden Konzepte dem Handelnden selbst deutlich sind: Häufig können sie nur von Außenbeobachtern erschlossen werden. Selbst der Schizophrene, der aufgrund von Wahnvorstellungen handelt und dessen Konzept von der ihn umgebenden Wirklichkeit deutlich von den Vorstellungen abweicht, die sich die Mehrzahl der Menschen unseres Kulturkreises von der Wirklichkeit macht, handelt nach einem impliziten oder aber auch für ihn explizierbaren theoretischen Konzept. Handeln ist in diesem Sinne immer theoriegeleitet. Wissenschaftlich begründetes Handeln ist ein Handeln, das sich an explizierbaren theoretischen Modellen orientiert.

Alltagstheorien und wissenschaftliche Theorien unterscheiden sich somit nicht prinzipiell, sondern lediglich graduell: Wissenschaftliche Theorien sind in ihren Aussagen klarer faßbar und damit - mindestens der Möglichkeit nach - transparenter. Dieser Vorzug wird oft durch eine Reduktion der in sie einbezogenen Gesichtspunkte erkauft. Es muß also deutlich sein, daß auch Alltagshandeln theoriegeleitetes Handeln ist, auch wenn sich Alltagstheorien und wissenschaftliche Theorien unterscheiden. Die Gegenüberstellung von Theorie und Praxis stellt, so betrachtet, einen Scheingegensatz dar. Es handelt sich also nicht um die Entscheidung, politisches oder privates Verhalten theoretisch auszurichten oder nicht, es geht präziser um die Frage, welche theoretischen Modelle wir für unser Verhalten als Basis anerkennen wollen; sind es die aus unserer praktischen Lebenserfahrung gewonnenen Alltagsmodelle von Wirklichkeit - die von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus häufig wenig scharf und präzise gefaßt sind oder sind es wissenschaftliche Modellvorstellungen, die von einem Alltagsstandpunkt aus die Vielfalt der Lebenswirklichkeit vermissen lassen?

Trotz der offenkundigen Bedeutung theoretischer Vorstellungen besteht wohl Grund zu dem Eindruck, daß an die Sozialwissenschaften weniger der Anspruch gerichtet wird, handlungsleitende theoretische Modelle zu entwickeln oder zu überprüfen, sondern Fakten über die soziale Welt zu produzieren. Bei diesem Anspruch wird übersehen, daß bei empirischer sozialwissenschaftlicher Forschung (wie auch bei sozialer Alltagserfahrung) selbst bei sehr datennahen Aussagen immer eine Relation zwischen theoretischer Aussage und empirischer Basis gegeben ist <sup>9</sup>) und empirisch

<sup>9)</sup> Vgl. K. Holzkamp, Theorie und Experiment in der Psychologie, Berlin 1964.

Vorfindbares nur in Form theoretischer Sätze kommunizierbar ist. Ein Beispiel: Die Aussage "hohes Umweltbewußtsein findet sich in der Bundesrepublik eher bei besser ausgebildeten Bürgern" ist eine theoretische Aussage, an deren empirische Basis Fragen geknüpft werden können:

- 1. Wie gut ist die Gesamtheit der Bundesbürger in der Untersuchungsstichprobe repräsentiert (Stichprobenrepräsentanz)?
- 2. Ist die unabhängige Variable "besser ausgebildet" durch ihre operationale Fassung (z. B. Schulabschluß) angemessen repräsentiert (Repräsentanz der unabhängigen Variablen) und
- 3. ist die abhängige Variable "Umweltbewußtsein" durch ihre operationale Fassung (z. B. in einem Fragebogen mit 10 Fragen) angemessen repräsentiert (Repräsentanz der abhängigen Variablen)?

Repräsentanzbewertungen in allen drei Bereichen sind für die Beurteilung der (externen) Validität gleichermaßen wichtig, Leider liegen zur Zeit nur für die Stichprobenrepräsentanz formalisierte Prüfmodelle vor (Stichprobentheorie), die inzwischen in Grundzügen auch in Alltagskonzeptionen von Sozialwissenschaft Eingang gefunden haben. Prüfmodelle für die beiden anderen Repräsentanzformen sind hingegen schwieriger zu entwickeln, da

die Grundgesamtheit aller denkbaren Erfassungsformen des theoretisch Gemeinten in fast allen Fällen nicht bestimmt werden kann.

Es gibt aber Ansätze in den empirischen Sozialwissenschaften, auch diese Meßprobleme in den Griff zu bekommen. Derartige Prüfungen auf Meßgenauigkeit abhängiger und unabhängiger Variablen (Objektivitäts-, Reliabilitätsund Validitätsprüfungen 10) sind aber bislang kaum in das öffentliche Bewußtsein gedrungen. Als Folge davon werden sozialwissenschaftliche Forschungsaktivitäten von Außenstehenden wesentlich nach ihrer Subjektrepräsentanz beurteilt (konkret: Frage nach der Stichprobengröße). Forschungsansätze, die stärker die Verknüpfung und Kontrolle abhängiger und unabhängiger Faktoren in das Zentrum experimenteller sozialwissenschaftlicher Forschung stellen, finden weniger Aufmerksamkeit und stoßen eher auf Kritik. Weil die Repräsentativität von Stichproben im Gegensatz zur Umfrageforschung in experimentellen sozialwissenschaftlichen Studien z. Zt. weniger Beachtung findet, der Repräsentanz der Variablen hingegen mehr Beachtung geschenkt wird, treten experimentelle Untersuchungen in den Sozialwissenschaften zu Unrecht in den Hintergrund öffentlicher Aufmerksamkeit.

### IV. Die sozialwissenschaftliche Unschärferelation

## Die Skepsis gegenüber experimentellem sozialwissenschaftlichem Vorgehen

Verfolgt man die in den Medien veröffentlichte Arbeit der Sozialwissenschaften, so kann man zu dem Eindruck gelangen, sozialwissenschaftliche Forschung bestünde mindestens zu großen Teilen in der Durchführung repräsentativer Bevölkerungsumfragen. Tatsächlich aber spielen solche Befragungen in der empirisch arbeitenden Sozialforschung eine weit geringere Rolle. Eine Ursache dafür ist sicher in finanziellen Einschränkungen zu sehen, denen Sozialwissenschaftler unterliegen und die die Durchführung kostenaufwendiger Repräsentativerhebungen häufig unmöglich machen.

Der finanzielle Aspekt macht aber nur einen Teil der Problematik aus. Der Sachverhalt spiegelt auch ein differierendes Wissenschaftsverständnis wider. Geht es in der experimentellen sozialwissenschaftlichen Forschung um ein besseres Verständnis des Zusammenspiels von unter theoretischen Gesichtspunkten selegierten Variablen, so geht es im Gegensatz dazu in der Umfrageforschung tendenziell um die Beschreibung der Wirklichkeit (z. B. die Einstellung der Bevölkerung zu...), "wie sie ist". Umfrageforschung legitimiert sich mithin daraus, daß in großen

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup>) Vgl. G. A. Lienert, Testaufbau und Testanalyse, Weinheim 1961.

und komplexen Sozietäten, wie sie Industriestaaten darstellen, der einzelne nicht mehr in
der Lage ist, die Gesamtheit der sozialen
Wirklichkeit, in der er lebt, angemessen zu erfassen; er weiß vielleicht noch, wie seine
Nachbarn und Arbeitskollegen politisch denken, weiß aber nicht mehr, wie die Bürger dieses Landes insgesamt denken. Der Wunsch
nach Information über die Mitglieder der Gesellschaft, in der wir leben, spiegelt sich so in
der Nachfrage nach Umfrageergebnissen wider. Ziel entsprechender Erkenntnisbemühungen ist es, ein Abbild der realen Wirklichkeit
zu geben, in der wir leben.

Ein Blick über die Grenzen der Sozialwissenschaften hinaus zeigt aber sehr deutlich, daß wissenschaftlicher Fortschritt in besonderem Maße da erreicht wurde, wo die Wissenschaften begonnen haben, sich abstrahierend von den konkreten Besonderheiten der jeweiligen Realität zu lösen und bemüht waren, theoretische Grundformen zu konstruieren, um ein tieferes Verständnis der Eigenschaften dieser Grundformen zu erhalten. Die gerade Linie, der mathematische Kreis, das ideale Gas, der nicht durch einen Luftwiderstand gehinderte freie Fall stellen Konstruktionen dar, die in der Natur dieser Welt im Grunde nicht angetroffen werden. Die Naturwissenschaften befassen sich in diesem Sinne nicht mit einem realen, sondern lediglich mit gedachten Gegenständen. Auf sie sind ihre theoretischen Modelle bezogen. Dennoch ermöglicht die Beschäftigung mit real nicht vorfindbaren Grundformen natürlicher Prozesse die Bewältigung von Problemen und Aufgaben in der realen Wirklichkeit.

Auch in den Sozialwissenschaften muß theoriegeleitete experimentelle Forschung mit dem Ziel verwirklicht werden, Grundstrukturen sozialer gesellschaftlicher Wirklichkeit zu verstehen, die vielleicht in realen Situationen nie antreffbar sind. Diese müssen in ihrer Funktionalität für die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht werden, um den für die Sozialwissenschaften notwendigen gesellschaftlichen Hintergrund zu sichern.

Theoriegeleitete experimentelle empirische Forschung zielt auf das Verständnis von Grundstrukturen und nicht auf die Informa-

tion über Größenordnungen von Ereignissen Durch Umfrageforschung wird es mit Einschränkungen möglich, Einstellungen und Verhaltensweisen einer Bevölkerung in ihrem Ausmaß besser abzuschätzen und zu beschreiben, wie sich unterschiedliche Gruppen (in der Umfrage) verhalten. Es ist jedoch sehr schwierig, methodisch gesicherte Einblicke in die Entstehungsbedingungen dieser Einstellungen und Verhaltensweisen zu erhalten; dies erfordert eine systematische und kontrollierte Variation der theoretisch angenommenen Entstehungsbedingungen. Die systematische Bedingungsvariation aber ist das wesentliche Kennzeichen experimentellen Vorgehens. Durch sie wird es möglich, einen Einblick in die Ursachen von Ereignissen zu erhalten.

Der Wunsch, Ursachen und Zusammenhänge zu verstehen, wird durch Umfrageforschung nicht hinreichend befriedigt. Die Ergebnisse der Umfrageforschung geben zwar Hinweise für das Ausmaß bestimmter Einstellungen in der Bevölkerung oder bestimmter Gruppen der Bevölkerung, die Beantwortung der Frage nach den Ursachen dieser Unterschiede bleibt jedoch der subjektiven Interpretation des Wissenschaftlers oder des Konsumenten von Wissenschaft überantwortet und erfolgt nicht durch methodisches Vorgehen gestützt. Hier öffnet sich ein Spannungsfeld: Aus der Umfrageforschung heraus sind Aussagen über die Verbreitung bestimmter Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung möglich, Aussagen über Bedingungsstrukturen jedoch nur schwer zu erzielen. In der experimentellen sozialwissenschaftlichen Forschung ist es tendenziell umgekehrt. Hier können (kausale) Strukturen besser analysiert werden; es ist jedoch schwierig, Aussagen über die tatsächliche Verbreitung bestimmter Einstellungen und Verhaltensweisen in einer Bevölkerung zu treffen.

Diese sich wechselseitig bedingenden Erkenntnisgrenzen könnte man in Anlehnung an die Physik als sozialwissenschaftliche Unschärferelation bezeichnen. Die sozialwissenschaftliche Unschärferelation ist nicht wie die Unschärferelation in der Quantenmechanik (Heisenberg) eine prinzipielle Erkenntnisschwelle, sondern eine Begrenzung, die sich aus der Begrenztheit der Forschungsressourcen ergibt. Aussagen über Niveau und kausale Bedingtheiten lassen sich aus forschungsökonomischen Gründen nicht in einem experimentellen Forschungsdesign erheben. Getrennte Forschungswege sind nötig. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer stärkeren Verzahnung beider Forschungswege, die sich — zumindest in der Bundesrepublik Deutschland — institutionell stark getrennt haben.

In der real existierenden Forschungslandschaft müssen jedoch die beiden Erkenntnismöglichkeiten hinsichtlich ihrer Priorität bewertet werden. Was ist nun zur Bewältigung praktischer gesellschaftlicher Probleme wichtiger — das Wissen über das Niveau von Einstellungen und Werthaltungen oder das Wissen um die Bedingungen ihrer Entstehung?

Bei dieser Gegenüberstellung mag zunächst verwirren, daß man etwas über die Ursachen und Entstehungsbedingungen einer Einstellung wissen kann, ohne angeben zu können, wie ausgeprägt die Einstellung denn überhaupt ist. Ein Beispiel: Ohne zu wissen, was ein konkreter Stein wiegt, kann man dennoch wissen, daß sein Gewicht mit davon abhängig ist, wie weit er vom Erdmittelpunkt entfernt

weniger anzeigen wird, wenn man sein Gewicht in 3000 m Höhe mißt im Vergleich zu seinem Gewicht auf dem Niveau des Meeresspiegels. Es ist möglicherweise so, daß wir zur Orientierung in unserer Lebenswirklichkeit weit mehr der Kenntnisse derartiger struktureller Beziehungen bedürfen als der Kenntnis von "absoluten" Werten und Maßen, über die wir in den Sozialwissenschaften ohnehin kaum verfügen. Ein Beispiel: Für die Orientierung in der sozialen Umwelt ist es unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten vielleicht wichtiger zu wissen, welche Bedingungen dazu führen, daß sich Bürgerinitiativen bilden, als zu wissen, wie viele es genau gibt. Die methodische Diskussion dieses Problems konnte hier nur angedeutet werden; Tendenzen sollten aufgezeigt werden. Es scheint jedoch wichtig, die Funktion theoriegeleiteter experimenteller sozialwissenschaftlicher Forschung stärker in das öffentliche Bewußtsein zu rücken, um damit Möglichkeiten zu schaffen, eine zweite Säule sozialwissenschaftlicher Erkenntnis — die experimentelle Forschung - besser zu etablieren.

liegt — und man kann folgern, daß eine Waage

# V. Möglichkeiten der Umsetzung che sind" (S. 34). Und an anderer Stelle: "Eine aus-

sind" (S. 34). Und an anderer Stelle: "Eine ausreichende Szientifizierung der Anwendungssysteme ist aber nicht nur eine Hilfe, ja oft eine Bedingung der Datenbeschaffung; sie würde auch Kommunikation erleichtern und eine sehr erwünschte Personalfluktuation zwischen Wissenschaft und Anwendungssystemen ermöglichen. Diesen letzteren Gesichtspunkt des Personalaustausches möchte ich besonders betonen. Er hat nur Sinn, wenn Wissenschaftler in der Praxis ein Betätigungsfeld finden, im dem sie theoriebezogen arbeiten können; es darf nicht nur darum gehen, sie zu belehren, wie die Welt in Wirklichkeit aussieht." (S. 35) Galtung 12) hingegen sucht umgekehrt nach Möglichkeiten einer Umorientie-

Dies ist wohl nur durch ein besseres wechselseitiges Verständnis von Anwendern und Nachfragern von Sozialwissenschaft auf der einen Seite und den Sozialwissenschaftlern auf der anderen Seite möglich. In diesem Zusammenhang hält Luhmann eine Verwissenschaftlichung des Alltags für den notwendigen Weg<sup>11</sup>): "Die Möglichkeiten anwendungsbezogener Forschung nehmen zu in dem Maße, als die Anwendungsbereiche selbst schon durchrationalisiert, wenn nicht gar szientifiziert

Wie kann es erreicht werden, daß psychische und soziale Alltagsprobleme durch Sozialwissenschaft besser aufgegriffen werden und wie ist eine bessere Umsetzung von Sozialwissenschaft im Alltag möglich?

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup>) N. Luhmann, Theoretische und praktische Probleme der anwendungsorientierten Sozialwissenschaft, in: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.), Interaktion von Wissenschaft und Politik, 1977, S. 16—39.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup>) J. Galtung, Menschliche Bedürfnisse — Brennpunkt für die Sozialwissenschaft, in: Sozialwissenschaften — wozu?, Frankfurt 1977 (Fischer-Taschenbuch).

rung von Sozialwissenschaft mit dem Ziel, die Sozialwissenschaften dem Nicht-Sozialwissenschaftler näherzubringen. Hier sieht Galtung die Chance für eine Sozialwissenschaft, die nicht allein Untersuchungen über Menschen anstellt, sondern für Menschen da ist eine, wie er es nennt, Humanisierung der Sozialwissenschaft, eine Entwicklung zur einer Sozialwissenschaft, "die mehr von Nicht-Sozialwissenschaftlern geleitet wird -, also zu einer Entprofessionalisierung der Sozialwissenschaft" führt. Einen Vorteil einer derartig entprofessionalisierten Sozialwissenschaft sieht er in der Möglichkeit, eine in dieser Weise orientierte Sozialwissenschaft auch stärker einer öffentlichen Kontrolle zu unterziehen. Die Ankoppelung wissenschaftlicher Konzepte an Alltagskonzepte hat ohne Frage Vorzüge: Sozialwissenschaft würde sich im alltäglichen Leben verständlicher machen können, weil sich ihre Aussagen an vorhandene Denkstrukturen anknüpfen ließen; sie wäre auch kontrollierbarer, weil ihre Methoden und Ziele von außen her durchschaubarer wären.

Beide Lösungsansätze, "Verwissenschaftlichung von Alltag" (Luhmann) und "Entprofessionalisierung von Wissenschaft" (Galtung), erfassen jedoch nur einen Teilbereich der Problematik, indem sie darauf zielen, Begriffe, theoretische Konzepte und Theorien aus Alltag und Sozialwissenschaft anzugleichen. Die Geschichte der Naturwissenschaft hat gezeigt, wie schnell eine Umsetzung theoretischer Konstrukte in Alltagsdenken möglich ist: "Lichtgeschwindigkeit", "Kernspaltung", "Laserstrahlen" sind Begriffe, die Sachverhalte bezeichnen, mit denen heute auch der Nicht-Naturwissenschaftler etwas verbindet. Aber auch aus den Sozialwissenschaften haben Begriffe wie "Unterbewußtsein", "soziale Rolle", "Erziehungsstil" Eingang in Alltagsdenken gefunden. Anders als in den Naturwissenschaften aber besteht gegenüber den Sozialwissenschaften auch der Anspruch seitens der Nichtwissenschaftler, das methodische Vorgehen, die Erkenntniswege, mitzudiskutieren. Die öffentlich oft gestellte Frage nach der "Repräsentativität" empirisch sozialwissenschaftlicher Aussagen ist hier ein deutliches Beispiel.

Während eine Annäherung in den theoretischen Modellen in Alltag und Wissenschaft möglich und eine Durchdringung von Alltagsdenken mit sozialwissenschaftlichen Konzepten wahrscheinlich scheint, ist die Situation im Methodenbereich bei den Erkenntniswegen schwieriger. Es muß seitens der Sozialwissenschaftler der Versuch gewagt werden, ihre methodischen Möglichkeiten und insbesondere Grenzen aufzuzeigen, um zu verhindern, daß im Namen der Sozialwissenschaft am falschen Platz argumentiert wird, daß nicht einlösbare Ansprüche an sie gerichtet werden und sie so in Mißkredit gerät. Andererseits würde ein besseres Verständnis sozialwissenschaftlicher Methodik helfen, Fragen an sie zu richten, zu deren Beantwortung sie beitragen kann.

So unterschiedlich die Vorstellungen Luhmanns und Galtungs sind, es verbindet sie ein Homogenitätsmythos, der Gedanke an ein vereinheitlichtes Universum des Wissens. Das Programm, Alltag zu verwissenschaftlichen, wie auch andererseits die Idee der Entprofessionalisierung von Wissenschaft verkennen die Eigenständigkeit beider Wissensbereiche. die sich aus der Verschiedenartigkeit der Zielsetzungen beider Erkenntnissphären (Wissenschaft/Alltag) herleiten läßt. Die Zielsetzungen sind sicher nicht polar; es lassen sich aber Akzentuierungen beschreiben, etwa die möglichst einfache wie logisch widerspruchsfreie Beschreibung möglichst großer Realitätsbereiche auf der Seite der Wissenschaft und andererseits möglichst effizientes Handlungswissen in spezifischen Problembereichen auf der Seite des Alltagswissens.

Der Versuch, Wissenschaft und Alltag in ein homogenes Denkraster zu pressen, ignoriert die Möglichkeit fruchtbarer Auseinandersetzungen. Es scheint zweckmäßiger, an die Stelle der Homogenitätsmythen Luhmanns und Galtungs ein Denken in Bezugssystemen treten zu lassen, in dem beide Wissensbereiche ihren eigenständigen Stellenwert behalten. An die Stelle von Überlegungen nach Vereinheitlichung müßten Fragen nach Wissenstransfer treten.

Wissenschaftliches Wissen und Alltagserfahrungen können und sollten gerade in den Sozialwissenschaften in einen Austausch treten. Der Austausch zwischen beiden Bereichen ist hier in besonderer Weise möglich und zu fordern, weil der Erkenntnisgegenstand, das Objekt des Interesses — als menschliches Ver-

halten, als gesellschaftspolitische Organisation — im wissenschaftlichen und im alltäglichen Nachdenken in ähnlicher Weise gegeben ist.

Wie können beide Bereiche — Wissenschaft und Alltag — nun verknüpft werden? Erste Voraussetzung ist die Existenz und das Funktionieren eines adäquaten "Dolmetschersystems". Es ist die Aufgabe u. a. von Wissenschaftsjournalisten, einen Informationstransfer zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit herstellen <sup>13</sup>). Die Organisation eines funktionierenden Wissenschaftsjournalismus aber ist zur Lösung der Aufgabe, wissenschaftliche Erkenntnis der Sozialwissenschaft in alltägliches Handeln umzusetzen, allein nicht geeignet.

Aus der Naturwissenschaft ist ein eigener Berufsstand — der der Techniker und Ingenieure - hervorgegangen, in dem als eigenständige Disziplin die Umsetzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in praktische Anwendung erfolgt. Ebenso können Mediziner als Anwender ihrer Grundlagendisziplinen gesehen werden. Anwendungsforschung ist nicht allein die Verlängerung der Grundlagenforschung, sondern sie muß als eigenständige wissenschaftliche Disziplin gesehen werden. Die Ingenieurwissenschaften und die Medizin sind Beispiele für solche eigenständigen Disziplinen mit eigenständigen Forschungszielen: Die Konstruktion eines PKW-Motors basiert zwar auf physikalischer Grundlagenforschung, läßt sich aber nicht aus ihr zwingend herleiten.

In den Sozialwissenschaften (Psychologie, Soziologie, Politologie etc.) vermengt sich grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung. Eine hinreichend deutliche Trennung ist hier nicht gegeben. Diejenigen in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die für ihre Wissenschaft Anwendungsfelder suchen, werden häufig von ihren grundlagenorientierten Kollegen als Wissenschaftler zweiter Klasse betrachtet. Obgleich die Sozialwissenschaften zunehmend unter Anwendungsdruck kommen, ist es in der Binnenorganisation dieser Wissenschaften nicht gelungen, diesem Wandel im Erwartungsprofil Rechnung zu tragen. In dieser Situation drängt sich die Frage auf,

Der Mangel an praktischer Relevanz sozialwissenschaftlicher Forschung wird nicht nur von außen an die Disziplinen herangetragen, sondern von kritischen Vertretern der Disziplinen selbst - wie etwa von Claus Offe - artikuliert. Was heißt Praxisferne der Sozialwissenschaft? In den letzten Jahren ist ein gewaltiger Umschwung in den Sozialwissenschaften zu beobachten. Wir können eine deutliche Hinwendung der Sozialwissenschaftler zu wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben verzeichnen. Partizipationsfragen, Bürokratieforschung, klinische Psychologie, Resozialisierung, Bildungsprognosen sind Stichworte, die diese Hinwendung zu konkreten sozialen Problemen kennzeichnen. Betrachtet man die Verlagerung der thematischen Inhalte der Sozialwissenschaft in den letzten zehn bis zwanzig Jahren, so kann geradezu von einem Praxisschub gesprochen werden. Der Eindruck der Praxisferne ist dennoch gerechtfertigt, denn in aller Regel bleibt es bei Problembeschreibungen und Problemanalysen. Genuin sozialwissenschaftliche Problemlösungsversuche sind - vorsichtig ausgedrückt - selten. Bestenfalls finden sich sozialwissenschaftliche Evaluationen von Lösungsansätzen und -versuchen, die dem politischen Raum oder dem des Alltagsumgang mit sozialen Problemen entsprangen.

Sollen die Sozialwissenschaften als Forschungsrichtungen mit einem Anspruch auf Praxisrelevanz ihres Handelns überleben, werden sie gezwungen sein, aus ihnen hervorgegangene Lösungsversuche sozialer Probleme aufzuweisen und diese gegenüber "alltäglichen" sozialen Problemlösungsstrategien in Konkurrenz treten zu lassen. Eine universitäre Disziplin, die auf "soziale Erfindungen" abzielt mit einem eigenen Berufsbild böte einen institutionellen Rahmen zur Überwindung der Legitimationskrise der Sozialwissenschaften.

ob es nicht an der Zeit ist, ein neues Forschungsfeld zu schaffen und es organisatorisch den Universitäten zuzuordnen: Die Etablierung eines auf Anwendung sozialwissenschaftlicher Befunde ausgerichteten eigenen Studienganges im Bereich der Sozialwissenschaften kann u. U. helfen, dem Vorwurf der Praxisferne der Sozialwissenschaften entgegenzuarbeiten.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup>) Vgl. W. Hömberg, Glashaus oder Elfenbeinturm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/80, S. 37—46.

Vielleicht gelänge es einer speziell auf Anwendung ausgerichteten sozialwissenschaftlichen Disziplin dann, Lösungskonzepte für gesellschaftspolitische Probleme zu entwickeln, die im Alltagsverständnis der sozialen Welt noch nicht vorgedacht wurden.

Ein Beispiel: Die Resonanz der wenigen sozialwissenschaftlichen Erfindungen in den letzten Jahren ist in der Psychologie deutlich geworden. Die Entwicklung, Evaluation und Anwendung neuer Psychotherapieverfahren im Bereich der klinischen Psychologie finden in hohem Maße gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Wenngleich es legitim erscheint, Psychotherapie als Anwendungsfall von Psychologie zu verstehen, hat die Psychotherapieforschung heute bereits ein Differenzierungsniveau erreicht, das es dem grundlagenorientierten Psy-

chologen nicht mehr gestattet, adäquat Wissenschaft oder gar Praxis in diesem Bereich zu treiben. Diese Entwicklung führt zu wechselseitigem Mißtrauen zwischen Psycho-Logen und Psycho-Therapeuten. Das Mißtrauen und Unverständnis, das in der Psychologie derzeit berufspolitische Grabenkämpfe hervorruft, sollte einem Verhältnis gegenseitiger Stimulanz weichen.

Die Schaffung einer eigenen sozialwissenschaftlichen Anwendungsdisziplin könnte helfen, unfruchtbares berufspolitisches Konkurrenzdenken zwischen Theoretikern und Praktikern in den sozialwissenschaftlichen Bereichen zu verhindern, indem auch eine Anwendungsforschung in den Sozialwissenschaften einen eigenen universitären Rahmen findet.

28

### Joseph Huber: Der Sozialstaat an den Grenzen des Wachstums

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/81, S. 3-15

Unter Sozialstaat wird hier die Gesamtheit aller privaten und öffentlichen Institutionen verstanden, die durch umverteilte bzw. umgelegte Einkommen bezahlte Bildungs-, Gesundheits-, Sozialhilfe- und soziale Versicherungsdienste leisten. Die Ausgangsthese lautet, daß der Sozialstaat einen integralen Bestandteil des Industriesystems darstellt. Beider Wachstum hängt direkt voneinander ab.

Die hauptsächlichen Wachstumsgrenzen für den Sozialstaat sind: 1. Weniger primär verteilte Mittel bedeuten automatisch auch weniger sekundär verteilbare Mittel. 2. Arbeitslosigkeit erhöht gleichzeitig den Bedarf an Sozialleistungen und senkt die verfügbaren Einnahmen. 3. Sozialverfall (Auflösung des Gemeinschaftslebens) bewirkt das gleiche. 4. Weitere Staatsverschuldung muß zu chaotisierender Inflation führen. 5. Dem Wachstum der Sozialberufe und der sozialstaatlichen Institutionen entspricht kein angemessener Nutzen. Im sozialen Bereich versagen Markt und Staat häufig oder wirken gar kontraproduktiv. 6. In Verbindung mit superindustriellen Durchbruchsversuchen verwandelt sich der Sozialstaat in einen sozio-technischen Überwachungsstaat und wird im Extrem zum Sozialpolizeistaat.

"Reprivatisierung" von Sozialdiensten und erhöhte Eigenbeteiligung der Betroffenen bieten keine Lösung und sind zudem sozial ungerecht gegenüber einkommensschwachen Gruppen. Eine weitere Finanzierung der sozialen Dienste durch erhöhte industrielle Produktivität ist ebenfalls keine Lösung, weil sie den natur- und sozialökologischen Katastrophenkurs fortführt. Aus den unter 3., 5. und 6. genannten Gründen sind beide Ansätze politisch untragbar. Beide tragen schließlich zu einer doppelwirtschaftlichen Spaltung der Gesellschaft bei: in einen gesicherten Wohlstandsbereich im formellen Wirtschaftssektor einerseits und in eine erneute Armutszone marginalisierter Gruppen andererseits, die auf den informellen Sektor abgedrängt bleiben.

Eine Lösung der bestehenden Probleme dürfte nur möglich sein bei einer Bereitschaft zu tiefergreifenden Strukturveränderungen. Die allgemeine Stoßrichtung liegt dabei im Konzept einer besser balancierten Dualwirtschaft: einerseits Begrenzung des Wachstums der professionellen Fremdleistungen durch Markt und Staat sowie eine gerechtere Verteilung der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Einkommen im formellen Sektor, andererseits im informellen Sektor Bemühungen um eine verbesserte Sozialentwicklung mit mehr gemeinschaftlicher Selbsthilfe, Eigenarbeit u. ä., wobei es allen Bevölkerungsgruppen — Jungen wie Alten, Männern wie Frauen — möglich sein soll, in beiden Wirtschaftssektoren tätig zu sein.

### Hans-Joachim Fietkau: Soziale Fragen in Wissenschaft und Alltag

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/81, S. 17-28

Das Verhältnis zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und ihrer Anwendung kann als ein Kommunikationsproblem zwischen den Wissenschaftlern und den Anwendern verstanden werden. Eine wachsende Nachfrage nach wissenschaftlicher Fundierung von Lösungsversuchen oder -möglichkeiten sozialer Fragen macht eine Klärung der Verständigungsschwierigkeiten zwischen den beiden Bereichen dringlich. Anders als die Naturwissenschaften haben es die Sozialwissenschaften mit Anwendern zu tun, die bezüglich der von ihnen zu lösenden sozialen Probleme bereits ein (Vor-)Verständnis haben. Sozialwissenschaftliche Befunde treten somit in ein Konkurrenzverhältnis mit diesen Vorverständnissen. Aus diesem Konkurrenzverhältnis heraus ergeben sich Legitimationsprobleme der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Eine Analyse der Struktur von Alltagswissen und wissenschaftlichen Befunden macht ferner deutlich, daß beide Wissensbereiche wechselseitig komplementär sind, d. h., sie basieren auf unterschiedlichen Formen der Erfahrungsgewinnung und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden — wie dies leider häufig geschieht —, sondern sie müssen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen methodischen Beschränktheiten und Vorzüge als unterschiedliche Zugangswege zu sozialen Fragen gesehen werden.

Um Dialogprobleme zwischen den Sozialwissenschaften und ihren Anwendern abzubauen, sind auf beiden Seiten Lernprozesse notwendig. Die Anwender müssen lernen, daß Sozialwissenschaften per se keine Prognosen im Einzelfall stellen können, sondern lediglich Strukturzusammenhänge von Problemfeldern aufzuzeigen in der Lage sind. Die Sozialwissenschaften müssen sich stärker, als dies bisher der Fall ist, wissenschaftlich (im Rahmen einer eigenständigen Forschung) mit Umsetzungsmöglichkeiten ihrer Befunde in die Praxis befassen und sollten diese nicht länger den Praktikern allein oder der Intuition des jeweiligen Forschers überlassen.